

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG e.V.**
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

KONFLIKTBAROMETER 2000

**Krisen • Kriege • Putsche
Verhandlungen • Vermittlung • Friedenschlüsse**

9. JÄHRLICHE KONFLIKTANALYSE



HIIK

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG (HIIK) am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein. Es widmet sich der Erforschung, Dokumentation und Auswertung innerstaatlicher und internationaler politischer Konflikte. Das HIIK ging 1991 aus einem u.a. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziell unterstützten Forschungsprojekt "KOSIMO" (Konflikt-Simulations-Modell) hervor, welches von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch (Universität Heidelberg) geleitet wurde.

Konflikt

Konflikte sind Interessensgegensätze (Positionsdifferenzen), um nationale Werte (Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Grenzen, Territorien, etc.) von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (Staaten, Staatengruppen, -organisationen, organisierte Gruppen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden. Dabei muß auf mindestens einer Seite die organisierte Staatsmacht involviert sein.

Intensität von Konflikten

Konflikte der Intensitäten "latenter Konflikt" (1) und "Krise" (2) verlaufen vorwiegend gewaltlos, während Konflikte der Intensitäten "Ernste Krise" (3) und "Krieg" (4) hauptsächlich gewaltsame bis kriegerische Formen annehmen. Angegeben wird jeweils nur die höchste Intensitätsstufe im Jahresverlauf eines Konflikts.

Latenter Konflikt (1)

Damit ein Interessensgegensatz oder eine Positionsdifferenz um bestimmte Güter als latent erkannt werden kann, müssen darauf bezogene Forderungen artikuliert werden, muß eine Gruppe ihre jeweilige Interessen vorgebracht haben und dies von der anderen Seite wahrgenommen werden.

Krise (2)

Intensivierung eines latenten Spannungszustandes durch Mittel, die im Vorfeld militärischer Drohungen liegen. Vorhandene Konfliktbeziehungen erreichen das Stadium einer Wende, die die Wahrscheinlichkeit einer Gewaltandrohung erhöht.

Ernste Krise (3)

Eine ernste Krise ist ein Spannungszustand zwischen Konfliktparteien, der mit der öffentlichen Drohung verbunden ist, Gewalt einzusetzen oder in dem für kurze Zeit tatsächlich Gewalt eingesetzt wird.

Krieg (4)

Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, die dadurch gekennzeichnet sind, dass

- a) die organisierten Kampfhandlungen von etwa gleich starken Gegnern durchgeführt werden; dies äußert sich meist darin, dass sie
- b) von einiger Dauer sind
- c) intensiv geführt werden, d.h. Opfer kosten und Zerstörung anrichten

Konfliktgegenstände

Das Konfliktbarometer unterscheidet zwischen folgenden Konfliktgegenständen, wobei bis zu drei Konfliktgegenstände pro Konflikt angegeben werden können

- Territorium, Grenze, Wasser
- Kolonialbesitz / nationale Unabhängigkeit
- Ethnische, religiöse, regionale Autonomie
- Ideologie, System
- nationale Macht
- internationale Macht; geostrategische Lage
- Ressourcen
- Sonstige

Abgrenzung der Regionen

Die Abgrenzung der Regionen erfolgt nach geographischer, kultureller und konfliktbestimmter Zusammengehörigkeit. Das Konfliktbarometer unterscheidet zwischen den Regionen Europa, Afrika, Amerika, Asien und Vorderer und Mittlerer Orient.

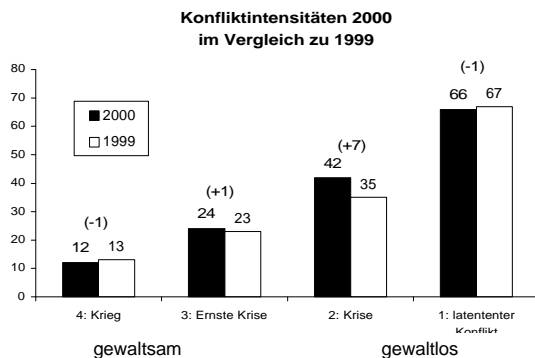
Im Unterschied zum Konfliktbarometer 1999 werden in diesem Jahr die Länder Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan der Region Asien (bisher VMO) zugeordnet.

Redaktionsschluss: 1. Dezember 2000

Globales Konfliktpanorama 2000

Globale Entwicklung

Im Jahr 2000 werden nach unseren Zählungen auf der Welt insgesamt 144 politische Konflikte ausgetragen. Davon sind zwölf Kriege und 24 gewaltsame Krisen. Damit werden 36 Konflikte, das heißt jeder vierte, gewaltsam geführt. Fast alle Kriege sind innerstaatli-



che Auseinandersetzungen, die einzige Ausnahme weltweit bildet der zwischenstaatliche Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea. Auch die gewaltsamen "Ernsten Krisen" sind zu einem ganz überwiegenden Teil nationale Konflikte (21).

Die übrigen 108 Konflikte werden ganz oder überwiegend gewaltlos ausgetragen. Davon sind 66 nur als latente Konflikte zu bezeichnen; 42 nationale oder internationale politische Auseinandersetzungen hingegen sind Krisen, die im Betrachtungszeitraum zu ernsthaften, aber überwiegend gewaltlosen Spannungen führen. Sieben Konflikte werden im Jahr 2000 been-

Weltweite Konflikteskalation und -deeskalation im Vergleich zum Vorjahr:

Veränderung der Intensität	Anzahl
Eskalation um zwei Stufen ↑	2
Eskalation um eine Stufe ↗	15
keine Veränderung •	105
Deeskalation um eine Stufe ↘	15
Deeskalation um zwei Stufen ↓	1

det. Neu sind in diesem Jahr sechs Konflikte, die alle jedoch gewaltlos bleiben.

Hervorzuheben ist, dass sich im Vergleich zum Vorjahr die Gesamtzahlen nur geringfügig verändert haben. Weltweit gibt es dieses Jahr einen Krieg weniger als 1999; gleichzeitig erhöht sich aber die Anzahl der "Ernsten Krisen" ebenfalls um eins, so dass die Gesamtzahl der gewaltsamen Konflikte konstant bleibt.

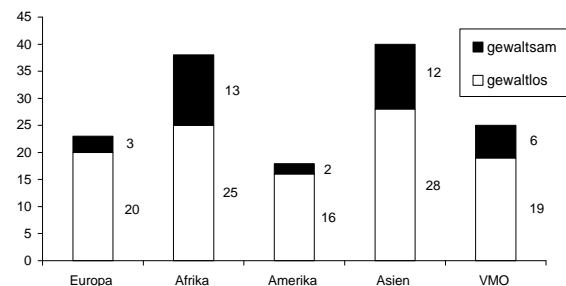
Bei den gewaltlosen Konflikten ist die relativ starke Zunahme der Krisen im Vergleich zu 1999 auffällig.

Von den 138 aus dem vergangenen Jahr fortgeführten Konflikten verharren rund 75% (105) auf dem gleichen Intensitätsniveau wie im Vorjahr. Insgesamt eskalieren 17 Konflikte, wobei in sieben Fällen die Grenze zur Gewalt überschritten wird. Von den 16 deeskalierten Konflikten haben sieben die Gewaltschwelle unterschritten.

Regionale Entwicklung

Die meisten gewaltsamen Konflikte sind im Jahr 2000 in Afrika (13) und Asien (12) zu verzeichnen. In Afrika werden jedoch mit weitem Abstand (acht von weltweit zwölf) die meisten Kriege geführt. In Asien dagegen wird nur einer von zwölf gewaltsamen

Verteilung der internationalen Konflikte 2000 nach Region und Gewalteinsetz



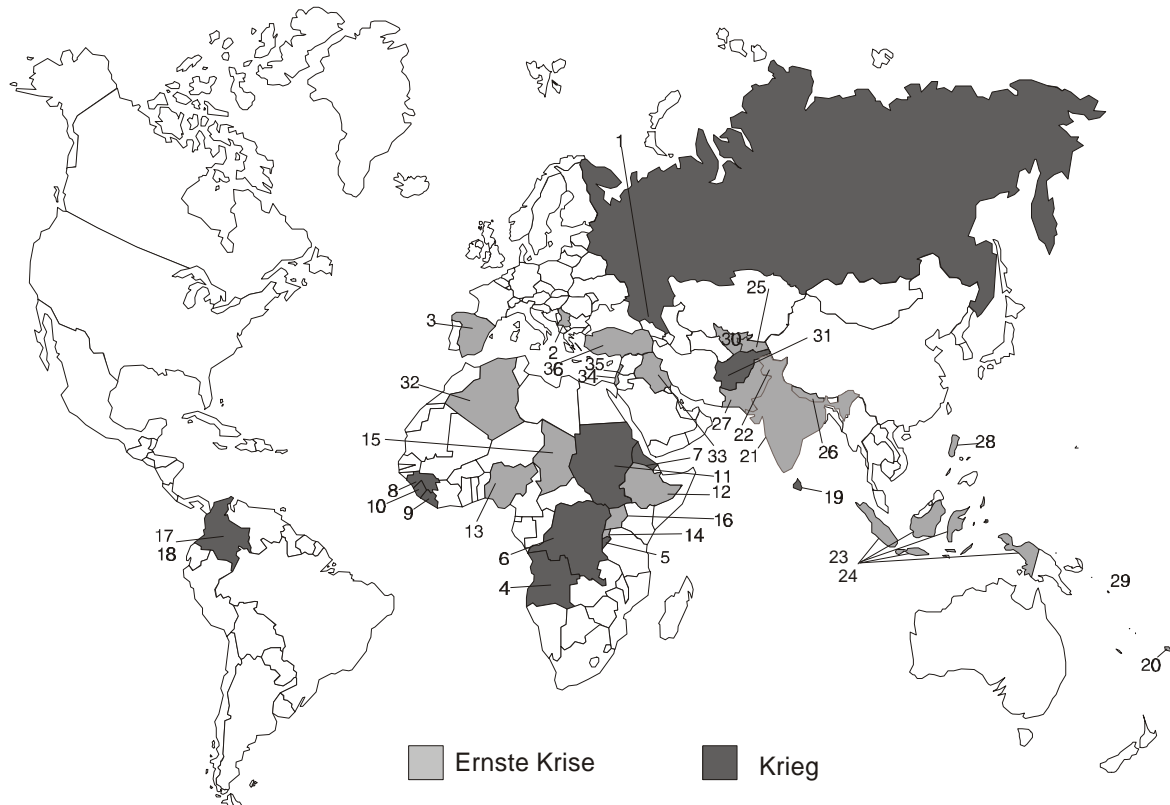
Konflikten als Krieg gezählt. Europa und Amerika verzeichnen die geringste Anzahl an Gewaltkonflikten.

Die zwei weltweit einzigen neu aufgetretenen Kriege werden beide in Afrika geführt (Guinea, Liberia). Jedoch verringert sich hier die Anzahl der gewaltsamen Konflikte um einen. In Asien deeskalieren drei noch im Vorjahr als gewaltsam geführte Konflikte, darunter der langjährige Konflikt zwischen den beiden koreanischen Staaten. Auf den Fidschi- und den Salomonen-Inseln sowie in Indien (Assam) wird dagegen in diesem Jahr Gewalt angewendet. In Europa gibt es mit der Gewaltserie der ETA eine neue gewaltsame Auseinandersetzung. Der letztjährige Konflikt im Kosovo dagegen ist zwar noch immer gewaltsam, wird

Inhalt:

Europa	.8
Afrika	.12
Amerika	.18
Asien	.21
Vorderer und Mittlerer Orient	.26

Übersichtskarte: Gewaltsame Konflikte 2000



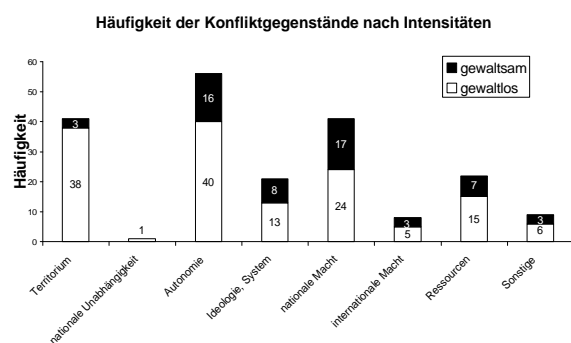
Legende

Nr.	Konfliktname und wichtigstes Konfliktziel	Nr.	Konfliktname und wichtigstes Konfliktziel
Europa - Kriege		Asien - Kriege	
1	Russland (Tschetschenien) - Sezession	19	Sri Lanka - Sezession
Europa - ernste Krisen		Asien - ernste Krisen	
2	Jugoslawien (Kosovo) - Sezession	20	Fidschi - nationale Macht
3	Spanien (Baskenland) - Sezession	21	Indien (Assam) - Autonomie
Afrika - Kriege		22	Indien vs. Pakistan - Territorium
4	Angola - nationale Macht	23	Indonesien (Aceh) - Autonomie
5	Burundi - nationale Macht	24	Indonesien (Molukken) - System
6	DR Kongo - nationale Macht	25	Kirgistan - System
7	Äthiopien vs. Eritrea - Grenze	26	Nepal - System
8	Guinea - nationale Macht	27	Pakistan (Sindh) - Autonomie
9	Liberia - nationale Macht	28	Philippinen (Mindanao, Sulu) - Autonomie
10	Sierra Leone - nationale Macht	29	Salomonen - Ressourcen
11	Sudan - nationale Macht	30	Usbekistan - System
Afrika - ernste Krisen		VMO - Kriege	
12	Äthiopien (Ogaden) - Autonomie	31	Afghanistan - nationale Macht
13	Nigeria - Ressourcen	VMO - ernste Krisen	
14	Ruanda - nationale Macht	32	Algerien - System
15	Tschad - nationale Macht	33	Irak vs. UNO, USA - internationale Macht
16	Uganda - nationale Macht	34	Israel (paläs. Gebiet) - Territorium
Amerika - Kriege		35	Israel (Hisbollah) - Autonomie
17	Kolumbien (FARC) - System	36	Türkei (PKK) - Autonomie
Amerika - ernste Krisen			
18	Kolumbien (ELN) - System		

aber nicht mehr als Krieg geführt. In der Region Vorderer und Mittlerer Orient eskaliert der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern zu einer "Ernstesten Krise". Amerika ist im Hinblick auf Konfliktentwicklungen die stabilste Region: hier bleiben alle Konflikte auf dem Vorjahresniveau.

Konfliktgegenstände

Die häufigsten Konfliktgegenstände bei den im Jahr 2000 laufenden politischen Auseinandersetzungen



sind Autonomie, nationale Macht und Territorium. Fast alle Territorialkonflikte werden friedlich ausgetragen. Jedoch wird der Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea wegen der ungenauen Grenzziehung im Wüstengebiet geführt. Im Vergleich zu Territorial- und Ressourcenkonflikten besonders gewaltträchtig sind Konflikte, die um innerstaatliche Herrschaft (nationale Macht), das politische System oder um Autonomie bzw. Sezession ausgetragen werden.

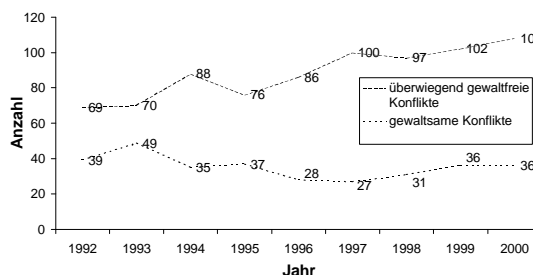
Langfristige Trends

Zwischen 1993 und 1997 nimmt die Zahl der gewaltsamen Konflikte um 55%, von 49 auf 27, ab. Bis 1999 erhöht sich diese Zahl wieder auf 36 Gewaltkonflikte und bleibt auch in diesem Jahr konstant.

Die lang anhaltenden und von einer gewissen Eigendynamik angetriebenen Kriege bilden einen hartnäckigen Konfliktsockel: Angola, Afghanistan, Kolumbien, Sri Lanka oder der Sudan sind Beispiele für schwer eindämbare Kriege mit teils autonomen Kriegswirtschaften. Die Kriege zwischen Indien und Pakistan sowie die im Nahen Osten sind Beispiele für Konflikte, die auch nach vergleichsweise langen Friedensperioden wieder gewaltsam eskalieren.

Ein nicht unerheblicher Konfliktsockel besteht auch im vergleichsweise gewaltarmen Europa: Die Konflikte in Bosnien, im Kosovo, auf Zypern, in Nordirland, auf Korsika und im Baskenland harren weiter einer tragfähigen Friedensregelung, obwohl die struktu-

Die Entwicklung gewaltsamer und gewaltfreier politischer Konflikte von 1992 - 2000



Übersicht: Konfliktbilanz 2000

Region	Afrika		Amerika			Asien		Europa		VMO		Gesamtergebnis		
	lfd.	davon	lfd.	davon	ende	lfd.	davon	lfd.	davon	lfd.	davon	lfd.	davon	ende
Intensität		neu ende		neu ende		neu ende		neu ende		neu ende		neu ende		neu ende
latente Konflikte	12	0 2	14	1 0		16	0 2	13	0 1	11	0 1	66	1 6	
Krise	13	4 0	2	1 0		12	0 0	7	0 0	8	0 0	42	5 0	
ernste Krise	5	0 0	1	0 0		11	0 1	2	0 0	5	0 0	24	0 1	
Krieg	8	0 0	1	0 0		1	0 0	1	0 0	1	0 0	12	0 0	
Summe	38	4 2	18	2 0		40	0 3	23	0 1	25	0 1	144	6 7	
davon Summe gewaltlos	25	4 2	16	2 0		28	0 2	20	0 1	19	0 1	108	6 6	
davon Summe gewaltsam	13	0 0	2	0 0		12	0 1	3	0 0	6	0 0	36	0 1	

rellen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Friedensprozess im Vergleich zu anderen Weltregionen ungleich günstiger sind.

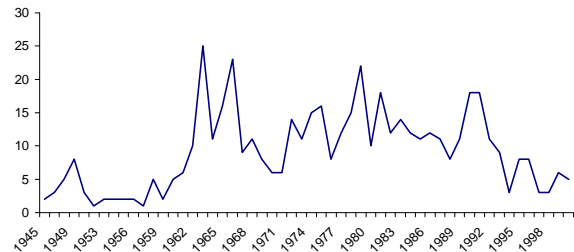
Demgegenüber steigt die Zahl der latenten und überwiegend gewaltlosen Konflikte stetig an. Insbesondere die zwischenstaatlichen Konfliktpotentiale werden nahezu vollständig gewaltfrei bearbeitet. Dieser Trend zunehmender zwischenstaatlicher Gewaltfreiheit ist seit den späten sechziger Jahren zu beobachten und über das Ende des Ost-West-Konflikts hinaus, also auch ohne die Kohäsionskräfte in den jeweiligen Blöcken, stabil geblieben. Auch der zum Ende der achtziger Jahre verzeichnete Aufwärtstrend ethnopolitischer Gewalt ist zum Erliegen gekommen.

Die zentrale Frage der empirischen Friedens- und Konfliktforschung, ob die Welt immer kriegerischer oder immer friedlicher wird, kann daher zweifach beantwortet werden. Einerseits nimmt die Zahl der gewaltsamen Konflikte im Trend seit 1945 langsam, aber stetig zu. Dabei hat sich die Gewalt aus dem zwischenstaatlichen in den innerstaatlichen Raum verlagert. Andererseits muss dieser Trend in bezug zur Vervielfachung der Konfliktpotentiale gesetzt werden. Allein die Vervielfachung der Zahl der Staaten seit 1945 hätte zu einer deutlich höheren Zahl an zwischenstaatlicher Gewalt, statt zu ihrem fast völligen Verschwinden führen müssen. Für die innerstaatlichen Gewaltkonflikte, deren Zahl seit den siebziger Jahren gestiegen ist, gilt analog: Verglichen mit der Zahl aller potentiellen Minderheiten- und nationalen Machtkonflikte ist die Zahl der tatsächlich eskalierten Konflikte gering. Auch wenn die absolute Zahl der Gewaltkonflikte in den letzten fünfzig Jahren gestiegen ist, leben wir gemessen am jeweiligen Konfliktpotential in einer relativ friedlichen Welt. Umso mehr müssen die Anstrengungen zur Konfliktprävention in Krisenregionen und zur Friedenskonsolidierung nach Gewaltausbrüchen verstärkt werden.

Putsche

In diesem Jahr finden Putsche in Ecuador, auf den Fidschi- und den Salomon-Inseln sowie 2 Putschversuche auf den Komoren und in Paraguay statt. Die Putsche auf den Fidschi-Inseln und auf den Salomonen

Anzahl der Putsche und Putschversuche pro Jahr 1945 - 2000



waren die ersten in der asiatisch-pazifischen Region seit 1990. Auf dem amerikanischen Kontinent war der Putsch in Ecuador der erste seit 1993 und der Putschversuch in Paraguay der erste seit 1996. In Afrika und in Asien werden in diesem Jahr weder Putsche noch Putschversuche unternommen. Damit bleiben Putsche und Putschversuche nach ihrem drastischen Rückgang zu Beginn der neunziger Jahre auch weiterhin eine Ausnahmeerscheinung.

Betrachtet man die Häufigkeiten von Putschen seit 1945, so ist diese Zahl mit dem niedrigen Niveau der 50er Jahre vergleichbar. Dazwischen lassen sich vier deutliche Spitzen ausmachen. Die ersten beiden sind auf die Beseitigung von Demokratien in Lateinamerika zu Beginn der 60er Jahre zurückzuführen, bzw. die Folge der Dekolonialisierung in Afrika Mitte der 60er Jahre. Die dritte Spitze steht im Zusammenhang mit der Re-Demokratisierung in Amerika und Demokratisierungsbestrebungen in Afrika zu Beginn der 80er Jahre. Der letzte Anstieg ist wiederum auf vermehrte Staatsstriche in Afrika zurückzuführen.

Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung

In fast einem Drittel der 144 Konfliktfälle sind wirkungsvolle Maßnahmen sowohl von den Beteiligten selbst als auch von Außenstehenden zur Eindämmung ergriffen worden. Sie haben in acht Fällen zu einvernehmlichen Lösungen zwischen den Konfliktparteien geführt. In ebenfalls acht Fällen sind Waffenstillstandsabkommen abgeschlossen worden. Das HIIK hat zehn weitere Fälle identifiziert, in denen Verhandlungen geführt wurden, die aber nicht in einvernehmliche Lösungen mündeten. In zahlreichen Konfliktfällen sind Gespräche geführt worden, die wir aber nicht als

offizielle Verhandlungen registriert haben. Friedensmissionen zum Erhalt oder zur Konsolidierung des Friedens sind vor allem von der UNO und der OSZE durchgeführt worden. Zur Vermeidung und Eindämmung gewalttätiger Auseinandersetzungen unterhält die UNO 15 Friedensmissionen, und die OSZE ist in 20 Ländern präsent; davon sind 9 Friedensmissionen. Als Vermittler lassen sich vor allem die UNO und die USA ausmachen; in einigen Fällen waren außerdem auch andere Staaten (Algerien, Ägypten, Norwegen) bzw. Internationale Organisationen (EU, OAS, ECO-

Übersicht: Maßnahmen der Konfliktbearbeitung 2000

2000 ergriffene Maßnahmen	Europa	Afrika	Amerika	Asien	Orient	Gesamt
Einvernehmliche Lösung mit oder ohne Hilfe Dritter (z.B. Abkommen, Vertrag)	Griechenland vs. Türkei (Teilabkommen)	Eritrea vs. Sudan (Friedensvertrag); Burundi (Verm.: Mandela, USA); Eritrea vs. Äthiopien (Verm.: Algerien, USA)		Salomonen (Vermittler Australien, Neuseeland); Süd- vs. Nordkorea (Präsidententreffen, Abkommen)	Jemen vs. Saudi Arabien (Grenzabkommen); Kuwait vs. Saudi Arabien (Teilabk.)	8
Verhandlungen bzw. Verhandlungsangebot	Georgien (Abchasien; UN-Vermittlung; OSZE-Mission); Großbritannien (Nordirland)	Komoren (Grundsatzklärung); DR Kongo (Vermittler Sambia); Eritrea vs. Sudan (dipl. Beziehungen)	Kolumbien vs. ELN (Vermittler 'Gruppe befreundeter Staaten')	Philippinen (Mindanao, Sulu; Vermittler Libyen); China vs. Taiwan vs. andere (Spratly; Angebot Abkommen)	Isreal vs. Syrien (Golan; UNO Friedensgespräche)	8
Vermittlungsversuche				Sri Lanka (Norwegen)	Israel vs. Palästinenser (Camp David; USA; Sharm el-Scheich; USA, Ägypten, Jordanien, EU, UNO)	3
Amnestie					Algerien (für FIS)	1
Friedenserhaltung, Friedensüberwachung, Friedenskonsolidierung, Friedensmissionen	Albanien (OSZE); Jugoslawien (Kosovo; OSZE, UNO, KFOR); Mazedonien (OSZE) Zypern (UNFICYP); Kroatien (OSZE); Bosnien-Herz. (OSZE, SFOR)	Zentralafrik. Republik (UNO); Somalia (Friedenskonferenz, neue Regierung); Kongo Brazzaville (Verfassungsvorschlag)	Belize vs. Guatemala (OAS)	Indonesien vs. Ost-Timor (UNTAET)	Aserbaidschan (OSZE); Irak (UNO, USA, GB); Marokko (West-Sahara; James Baker)	13
autoritative Entscheidung, Gerichtsurteil	Bosnien-Herz. (Brcko; UNO-Tribunal)	Botswana vs. Namibia (IGH)	Honduras vs. Nicaragua (IGH-Klage)		Bahrain vs. Qatar (IGH)	4
Waffenstillstandsabkommen, Truppenrückzug		Sierra Leone (Verm.: UNO, ECOWAS); Eritrea vs. Äthiopien (Verm.: Algerien, USA); Sudan (mehrere Waffenstillstandsabkommen)	Honduras vs. Nicaragua (Rückzug); Mexiko (Rückzug aus Chiapas)	Indien vs. Pakistan (Kaschmir; einseitiger Waffenstillstand; UNO); Indonesien (Aceh; Waffenstillstand)	Afghanistan (Waffenstillstand gebrochen; Vermittler: OIC, UNO)	8
Deeskalation durch Druck oder Drohung		Liberia (Stopp von Entwicklungshilfe)	Peru (Rücktritt Fujimori)			2
Deeskalation durch militärische Intervention		Guinea-Bissau (ECOWAS-Truppen)				1

WAS) vermittelnd tätig. Es fällt auf, dass Regionalorganisationen weniger als in früheren Jahren tätig geworden sind. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat im Berichtsjahr zwei Urteile gefällt, die von den Streitparteien anerkannt worden sind; ein weiterer Fall ist beim IGH anhängig. In einer geringeren Anzahl von Fällen ist mit Druck oder Drohung versucht worden, Frieden zu erzwingen, wenngleich auch

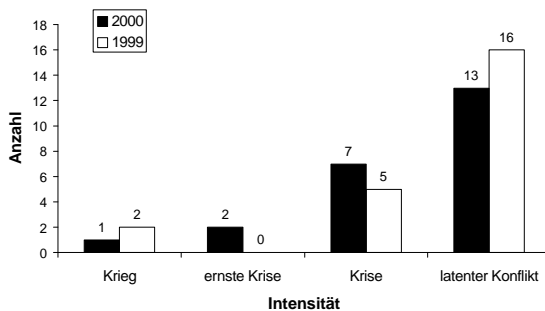
bei zahlreichen Vermittlungsversuchen mit Druck gearbeitet worden ist. Es kann davon ausgegangen werden, dass ohne diese Maßnahmen Konflikte entweder eskaliert wären oder sie hätten nicht zu den genannten positiven Ergebnissen geführt.

Europa

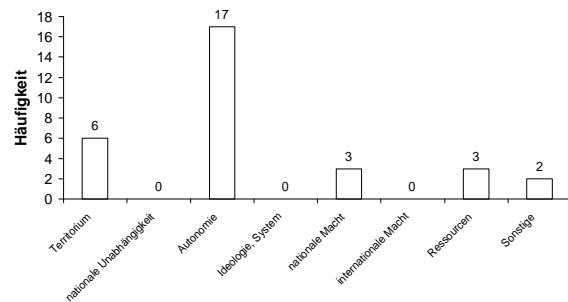
Die absolute Anzahl von Konflikten in Europa im Jahr 2000 ist gleichgeblieben. Jedoch ist durch die Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen gewaltbereiten baskischen Separatisten und der Regierung in Madrid die Anzahl der gewaltsamen Konflikte von zwei auf drei gestiegen. Gleichwohl überwiegen latente und gewaltfrei ausgetragene Differenzen. Häufigste Konfliktgegenstände bleiben Sezessionsbestrebungen und Autonomieforderungen.

18 der auf dem europäischen Kontinent ausgetragenen Konflikte sind im Vergleich zum Vorjahr auf derselben Intensitätsstufe verblieben. Der Deeskalation eines Konfliktes stehen vier Eskalationen gegenüber. Dabei ist die russisch-tschechische Konfrontation der einzige europäische Konflikt auf höchster Intensitätsstufe (Krieg). Der Kosovo-Konflikt erfährt im Verlauf des Jahres zwar eine Intensitätsreduktion, bleibt jedoch aufgrund der zwischenethnischen Spannungen ein gewaltsam ausgetragener Konflikt. Einzig der Konflikt in der russischen Teilrepublik Karatschajewo-Tscherkessien ist im Laufe des Jahres beendet worden.

Konfliktintensitäten Europa 2000 - 1999



Häufigkeit der Konfliktgegenstände Europa



Albanien

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1989
 Konfliktparteien: Regierung vs. Opposition
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

In Albanien kann sich im Zuge der im Oktober abgehaltenen Kommunalwahlen die regierende sozialistische Partei (PS) von Fatos Nano gegen die demokratische Partei (PD) als wichtigste Oppositionspartei unter der Führung von Sali Berisha durchsetzen. Damit befindet sich der Konflikt um nationale Macht auf dem Weg in einen konstitutionellen Rahmen. Jedoch sind im Verlauf der Kommunalwahlen sechs Todesopfer im Norden des Landes zu verzeichnen. *ia*

Bosnien-Herzegowina

Intensität: 2 Veränderung: ↗ Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Moslemisch-Kroatische Föderation vs. bosnische Serben (Republika Srpska)
 Konfliktgegenstand: Autonomie, Territorium, Minderheiten

In Bosnien-Herzegowina besteht der Konflikt zwischen der Moslemisch-Kroatischen Föderation und den bosnischen Serben um Autonomie, Territorium und Minderheitenrechte weiter. Die Vereinten Nationen legen im März den Distrikt-Status von Brcko fest und stellen die Stadt unter internationale Aufsicht. Am 3.4. nimmt die SFOR den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Momcilo Krajišnik fest und überstellt ihn an das Haager Kriegsverbrechertribunal. Unter Aufsicht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) finden am 8.4. Kommunal- und am 11.11. Parlaments-, Regional- und (im serbischen Teil) Präsidentschaftswahlen statt. Bei allen Wahlen erzielen die nationalistischen Parteien weiterhin hohe Stimmengewinne. Jedoch verzeichnen die sozialdemokratischen Reformparteien bei den Gesamtwahlen einen Erfolg durch die Stimmen der bosnischen Moslems. Die beginnende Demokratisierung der politischen Sys-

teme in Kroatien und Serbien wirkt sich mäßigend auf das in Bosnien-Herzegowina vorhandene Konfliktpotential aus. Dennoch kann die Föderation in vielen Fällen nur durch Dekrete des Hohen Beauftragten der Staatengemeinschaft Wolfgang Petritsch zu Entscheidungen gelangen. Die Fortdauer der föderalen Ordnung bleibt durch den allseits fehlenden politischen Willen zur Zusammenarbeit in Frage gestellt. Die überwiegende Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen ist nicht zurückgekehrt. Eine allgemeine Versöhnung zwischen den Volksgruppen ist nicht in Sicht. *öy*

Estland, Lettland vs. Russland

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Regierungen vs. russische Minderheiten
 Konfliktgegenstand: Autonomie (russische Minderheiten)

In den baltischen Staaten Estland und Lettland besteht der Konflikt mit der russischen Minderheit um Autonomie latent weiter. Die dortigen OSZE-Missionen werden fortgesetzt. Im November stellt die Europäische Union im Rahmen der regelmäßigen Berichte über die Beitrittskandidaten eine Verbesserung der Situation fest, mahnt aber weitere Reformen an. *ks*

Frankreich (Korsika)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1975
 Konfliktparteien: Regierung vs. korsische Nationalisten vs. FLNC
 Konfliktgegenstand: Autonomie

Die Friedensbemühungen im Streit um die Autonomie Korsikas zwischen der französischen Regierung und korsischen Nationalisten führen zu einem Teilerfolg. Mit großer Mehrheit stimmt das korsische Regionalparlament im Juli dem Rahmenplan des französischen Premierministers Lionel Jospin zu. Dieser Plan verfolgt das Ziel, die Voraussetzungen für ein Autonomiestatut zu schaffen. Nach einer Testphase soll das fran-

Übersicht: Konflikte in Europa 2000

Betroffene(r) Staat(en) ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Albanien	Regierung vs. Opposition	nationale Macht	1989	•	1
Bosnien-Herzegowina	Moslemisch-Kroatische Föderation vs. Bosnische Serben (Republika Srpska)	Autonomie, Territorium, Sonstige (Minderheiten)	1991	↗	2
Estland und Lettland, Russland	Regierungen vs. russische Minderheiten	Autonomie (russische Minderheiten)	1991	•	1
Frankreich (Korsika)	Regierung vs. korsische Nationalisten vs. FLNC	Autonomie	1975	•	2
Georgien	Regierung vs. abchasische Separatisten	Autonomie	1999	↗	2
Georgien *	Regierung vs. ossetische Separatisten	Autonomie	1999	•	1
Georgien *	Regierung vs. adscharische Separatisten	Autonomie	1999	•	1
Gibraltar *	Spanien vs. Großbritannien	Territorium	1964	•	1
Griechenland, Türkei	Griechenland vs. Türkei	Territorium, Seegrenzen (Ägäis), Ressourcen	1973	•	2
Großbritannien	Regierung, UUP, UFF vs. Sinn Fein, IRA	Autonomie	1968	•	2
Jugoslawien (Kosovo)	Regierung vs. UCK vs. NATO	Sezession	1989	↘	3
Jugoslawien (Montenegro)	Regierung vs. Montenegro	Sezession	1997	↗	2
Jugoslawien	Regierung der Wojwodina vs. ungarische Minderheit	Autonomie	1989	•	1
Jugoslawien, Kroatien	Jugoslawien vs. Kroatien	Autonomie (Ostslawonien)	1991	•	1
Kroatien (Krajina)	Regierung vs. Krajina-Serben	Autonomie	1991	•	1
Moldawien (Transnistrien)	Regierung vs. Separatisten	Autonomie	1988	•	1
Rumänien *	Regierung vs. ungarische Minderheit	Autonomie	1989	•	1
Russland (Republik Karatschajewo-Tscherkessien)*	Regierung vs. Karatschajew vs. Tscherkessen	nationale Macht	1999	• Ende	1
Russland (Republik Tschetschenien)	Regierung vs. Rebellen, islamische Fundamentalisten	regionale Autonomie, Sezession	1991	•	4
Slowakei, Ungarn	Slowakei vs. Ungarn	Ressourcen	1977	•	1
Spanien	Regierung vs. ETA, HB, EH, PNV, EA	Autonomie, Sezession, nationale Unabhängigkeit	1960	↗	3
Spanien, Marokko *	Spanien vs. Marokko	Territorium (Ceuta und Melilla), Ressourcen	1961	•	1
Zypern	Republik Zypern vs. Nordzypern	Territorium, nationale Macht, Sonstige (Minderheiten)	1963	•	2

¹) mit * gekennzeichnete Konflikte sind nicht mit einem eigenen Text im Regionalteil erwähnt
²) aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien
³) Veränderungen zum Vorjahr: ↗ bzw. ↗ Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe. ↘ bzw. ↘ Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; • keine Veränderung
⁴) Intensitätsstufen: 4: Krieg; 3: ernste Krise; 2: Krise; 1: latenter Konflikt

zösische Parlament im Jahr 2004 über die teilweise Übertragung gesetzgeberischer Kompetenzen an Korsika abstimmen. Voraussetzung hierfür ist der Gewaltverzicht seitens korsischer Separatisten. Die korsische Terrororganisation Front Liberation National de Corse (FLNC) reagiert auf diese Kompromisslösung im August mit neuen Terroranschlägen. *kg*

Georgien (Abchasien)

Intensität: 2 Veränderung: ↗ Beginn: _____
 Konfliktparteien: Regierung vs. abchasische Separatisten
 Konfliktgegenstand: nationale Unabhängigkeit, Autonomie

Abchasische Separatisten entführen wiederholt Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen. Es kommt zu vereinzelt Schießereien. Bei Verhandlungen zwischen dem georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse und abchasischen Delegierten unter Vjislav Ardzimba kommt es trotz UN-Vermittlung zu keinen substantiellen Ergebnissen. Russland plant ab Dezember eine Visumpflicht für Georgier einzuführen, von der neben den sich nach Russland orientierenden Ab-

chasen auch Südosseten ausgenommen sein sollen. Schewardnadse und Putin nehmen beim GUS-Treffen im November Gespräche über die Kaukasuspolitik Moskaus auf. *tc*

Griechenland vs. Türkei

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1973
 Konfliktparteien: Griechenland vs. Türkei
 Konfliktgegenstand: Territorium, Seegrenzen (Ägäis), Ressourcen

Griechenland und der Türkei verbesserten ihre Beziehungen grundlegend, seit sich beide Länder nach den Erdbeben vom vergangenen Jahr gegenseitige Katastrophenhilfe leisteten. Erstmals seit 38 Jahren besucht der griechische Außenminister die Türkei, wobei vier Abkommen über die gemeinsame Bekämpfung von Kriminalität, Terrorismus sowie über Umweltschutz und Wirtschaftsförderung geschlossen werden. Die grundlegenden Streitpunkte um Inseln, Seegrenzen und Ressourcen in der Ägäis bleiben dabei ausgeklammert. Im Oktober führen Griechenland und

die Türkei in der Ägäis das gemeinsame NATO-Manöver *Destined Glory* durch. Ende Oktober zieht Griechenland jedoch seine Truppen zurück, da die Türkei dem griechischen Militär das Überfliegen von türkischem Luftraum in der Ägäis untersagt. Trotz dieser zeitweiligen Irritationen, wollen beide Seiten ihre Annäherungspolitik fortsetzen. *öy*

Großbritannien (Nordirland)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1968
Konfliktparteien:	Regierung, UUP vs. Sinn Fein, IRA	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Im Konflikt um die Autonomie Nordirlands zwischen der britischen Regierung und den nordirischen Katholiken können keine Fortschritte erzielt werden. Die Umsetzung des Karfreitagsabkommens von 1998 gestaltet sich schwierig. Kernproblem ist dabei die Entwaffnung der IRA, die laut Abkommen bis Mai abgeschlossen sein sollte. Dieses Ziel wird nicht erreicht. Die britische Regierung setzt das nordirische Regionalparlament von Februar bis Mai aus. Bei den Aufmärschen des protestantischen Oranier-Ordens im Juli kommt es zu schweren Krawallen. Blutige Auseinandersetzungen werden zudem auch zwischen verfeindeten paramilitärischen Protestantengruppen ausgetragen. Eine baldige dauerhafte Konflikttransformation hin zu friedlichen und parlamentarischen Austragungsformen ist nach Entspannung des letzten Jahres wieder unwahrscheinlich geworden. *kg*

Jugoslawien (Kosovo)

Intensität: 3	Veränderung: ↘	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Regierung vs. UCK vs. NATO	
Konfliktgegenstand:	Sezession (Kosovo)	

In dem seit 1989 andauernden Konflikt zwischen der jugoslawischen Bundesregierung und der Provinz Kosovo um deren Unabhängigkeit zeichnet sich ein allmählicher Rückgang der Gewalt ab. Dennoch bleibt die Lage zwischen den ethnischen Gruppierungen weiterhin sehr gespannt. Vor allem in der geteilten Stadt Kosovska Mitrovica kommt es im Laufe des ersten Halbjahres immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der serbischen Minderheit und der albanischen Bevölkerungsmehrheit.

Als Reaktion auf die Abwahl Slobodan Milosevics bei den jugoslawischen Präsidentschaftswahlen am 5.10. beschließt die EU, die Wirtschaftssanktionen auszusetzen und Jugoslawien in den Stabilitätspakt für Südosteuropa aufzunehmen. Der Nachfolger Vojislav Kostunica hält weiter an der Zugehörigkeit des Kosovo zu Serbien fest und schließt eine Unabhängigkeit der Provinz aus.

Bei den von der OSZE durchgeführten Gemeinderatswahlen im Kosovo Ende Oktober, die von den Serben boykottiert werden, gewinnt die LDK unter dem Präsidenten Ibrahim Rugova in den meisten Kommunen die absolute Mehrheit, während die UCK-Nachfolgepartei PDK unter Hashim Thaci eine schwere Niederlage erleidet. Im November kommt es zu schweren Gefechten zwischen Freischärlern der ehemaligen UCK und serbischen Einheiten an der Grenze zum Kosovo. Serbien fordert unter Berufung auf die UNO-Sicherheitsratsresolution 1244 den Wiedereinzug seiner paramilitärischen Polizeieinheiten ins Kosovo und in die entmilitarisierte Grenzzone, um die dort leben-

den Serben schützen zu können. Die KFOR-Einheiten scheinen nach wie vor nicht in der Lage, die Demobilisierung der UCK zu garantieren und das Gewaltmonopol durchzusetzen. *fw*

Jugoslawien (Montenegro)

Intensität: 2	Veränderung: ↗	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Bundesregierung vs. Montenegro	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und Montenegro über die Sezession der Teilrepublik verschärft sich Anfang des Jahres leicht. Im Frühjahr erhöht die Bundesregierung durch ein Wirtschaftsembargo und Truppenkonzentrationen in Montenegro ihren Druck auf die Regierung des Teilstaates. Nach dem Regierungswechsel in Belgrad im Oktober mit der Ablösung von Präsident Slobodan Milosevic durch Vojislav Kostunica werden die militärischen Maßnahmen der Bundesrepublik gegen Montenegro zurückgenommen. Seitdem streben beide Seiten eine friedliche Lösung des Konflikts an. Die jugoslawische Regierung hat den montenegrinischen Vorschlag eines Referendums über den Status Montenegros im Frühjahr 2001 akzeptiert. *cm*

Jugoslawien (Wojwodina)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Regierung der Wojwodina vs. ungarische Minderheit	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Konflikt zwischen der ungarischen Minderheit und der Regierung der Wojwodina über eine Autonomie des mehrheitlich von Ungarn bewohnten Nordens der serbischen Provinz besteht weiterhin. Bei den im Oktober stattfindenden Wahlen zum regionalen Parlament setzt sich dort das Oppositionsbündnis DOS durch, das eine Wiederherstellung der Autonomierechte für diese Provinz fordert. *ia*

Jugoslawien vs. Kroatien

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Jugoslawien vs. Kroatien	
Konfliktgegenstand:	Autonomie (Ostslawonien)	

Der seit 1995 bestehende Konflikt zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und Kroatien um die Sezession Ostslawoniens bleibt bestehen. Im Februar kommt es zwischen dem als Nachfolger des verstorbenen kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman gewählten Stipe Mesić und dem neuen Präsidenten Jugoslawiens Vojislav Kostunica zu politischen Annäherungen. Eine politische Lösung des Interessengegensatzes steht noch aus. *ia*

Kroatien (Krajina)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Regierung vs. Krajina-Serben	
Konfliktgegenstand:	Autonomie (Krajina)	

Der im Rahmen des jugoslawischen Auflösungsprozesses entstandene Interessengegensatz um die Autonomie der von der jugoslawischen Bundesregierung unterstützen Serben in der zu Kroatien gehörenden Region Krajina bleibt weiter bestehen. Im Januar erringt das links-liberale Wahlbündnis aus SDP und HSLŠ den Sieg bei den kroatischen Parlamentswahlen. Die neu gebildete Regierung unter Ivica Račan setzt in

Zusammenarbeit mit dem ebenfalls neu gewählten Präsidenten Stipe Mesic (HDZ) den Prozess der demokratischen Konsolidierung und der außenpolitischen Annäherung an die EU im Rahmen des Stabilitätspakts und des Assoziierungsabkommens in Gang. Im Mai werden im Rahmen einer Verfassungsänderung die Rechte der ethnischen Minderheiten ausgeweitet. Die Krajina-Serben, die bislang in nur geringer Zahl zurückkehren, erhalten das Recht auf politische Vertretung und sprachliche Autonomie. *ia*

Moldawien (Transnistrien)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1988
Konfliktparteien:	Regierung vs. Separatisten	
Konfliktgegenstand:	Autonomie (Transnistrien)	

Im Konflikt zwischen der moldawischen Regierung und den transnistrischen Separatisten um regionale Autonomie bleibt der Status eines unabhängigen Transnistrien faktisch erhalten. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beschließt im Januar eine Verlängerung ihrer Mission. Im Juli besucht Benita Ferrero-Waldner, amtierende Vorsitzende der OSZE, beide Konfliktparteien. Die Gespräche bleiben ergebnislos. Die russischen Truppen, die in Transnistrien stationiert sind, beginnen ihren im Vorjahr vereinbarten Abzug nur zögerlich. *ks*

Russland (Tschetschenien)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Regierung vs. Rebellen, islamische Fundamentalisten	
Konfliktgegenstand:	Sezession (Tschetschenien)	

Der im September 1999 begonnene zweite Tschetschenienkrieg dauert an. Den russischen Streitkräften gelingt es im Februar, die tschetschenische Hauptstadt Grosny nach erbitterten Kämpfen gegen die Rebellen einzunehmen. Russland zieht danach einen Teil seiner Elite-Einheiten ab. Die Kampfhandlungen verlagern sich ab März in die südlichen Gebirgsregionen. Obwohl die russische Armee mittlerweile etwa 70% des Territoriums kontrolliert, leisten die Separatisten mit kleineren Kampfeinheiten nach wie vor erheblichen Widerstand. Im Juni stellt der russische Präsident Vladimir Putin Tschetschenien unter seine persönliche Kontrolle und setzt einen pro-russischen Verwaltungschef für die Republik ein. Der Europarat entzieht Russland im April das Stimmrecht. Darüber hinaus fordert die Parlamentarische Versammlung des Europarats den Ausschluss Russlands aus diesem Gremium. Die UN-Menschenrechtskommission verabschiedet eine Resolution gegen das russische Vorgehen in Tschetschenien. *ab*

Slowakei vs. Ungarn

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1977
Konfliktparteien:	Slowakei vs. Ungarn	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen	

Im Streit zwischen der Slowakei und Ungarn um das Donau-Kraftwerk Gabčíkovo werden auf einer Expertentagung in Budapest am 21.1. erneut Lösungsvor-

schläge diskutiert. Dabei geht es vor allem um die ökologischen Folgen des von der Slowakei gebauten Umleitungskanals, durch den das Kraftwerk mit der nötigen Menge Wasser versorgt wird. Das diesbezügliche Verfahren beim IGH ist noch nicht abgeschlossen. *ab*

Spanien (Baskenland)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1960
Konfliktparteien:	Regierung vs. ETA, HB, EH, PNV, EA	
Konfliktgegenstand:	Autonomie, Sezession	

Der Konflikt um die Souveränität des Baskenlandes zwischen der spanischen Regierung und der ETA verschärft sich zunehmend. Mit der Aufkündigung des Waffenstillstandes am 22.9.1999 kehrt die ETA zu ihrer Strategie der Attentate und des Bombenterrors zurück. Seit Jahresbeginn werden 21 Menschen bei Anschlägen der ETA getötet. Im Laufe des Jahres gelingt es der spanischen Polizei, in Kooperation mit der französischen, einige Führungsmitglieder der ETA festzunehmen, und einige Kommandos zu zerschlagen. Die ETA reagiert auf jede Festnahme mit erneuten Attentaten. Die Mobilisierung der spanischen wie auch der baskischen Bevölkerung gegen die ETA gewinnt zunehmend an Stärke und manifestiert sich nach jedem Attentat in großen Demonstrationen. *sa*

Zypern

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1963
Konfliktparteien:	Republik Zypern vs. Nordzypern	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Teilung), nationale Macht, Minderheit	

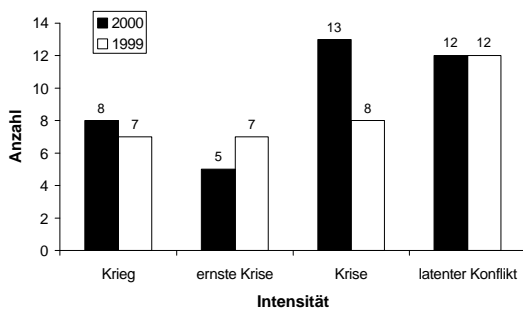
Der Konflikt zwischen dem griechischen und dem türkischen Teil Zyperns um Territorium und nationale Macht besteht weiter. Unter UNO-Vermittlung finden indirekte Verhandlungen zwischen beiden Staaten in New York und in Genf statt. Die insgesamt fünf Gesprächsrunden führen zu keinem Erfolg. Sie enden mit dem Rückzug der türkischen Seite aus den Verhandlungen. Auf die zügigen Beitrittsverhandlungen Zyperns, dessen EU-Mitgliedschaft auch die Teilnahme an der europäischen Kriseninterventionstruppe bedeuten würde, reagiert die Türkei verärgert und kündigt bei einer Aufnahme Zyperns in die EU ernste Konsequenzen an. *öy*

Afrika

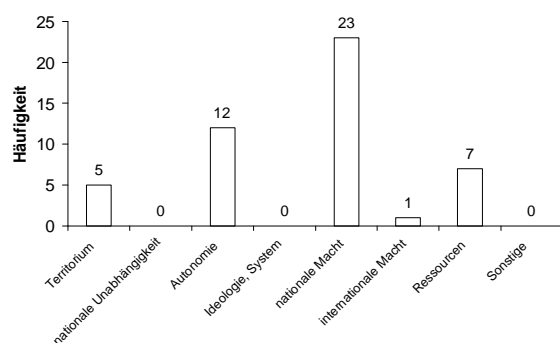
In Afrika werden in diesem Jahr mehr Konflikte als 1999 ausgetragen. Brennpunkte der Gewalt sind die Bürgerkriege in Westafrika, das Gebiet um die Großen Seen und der weltweit einzige zwischenstaatliche Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien.

Die Zunahme gewaltloser Konflikte zeigt auf, dass insgesamt in Afrika Gewalt als Instrument des Konfliktaustrags leicht zurückgeht. Vorherrschendes Konfliktgut ist in mehr als der Hälfte aller Fälle Nationale Macht. Dabei wird es zunehmend schwieriger, zwischen politischen und materiellen Beweggründen zu unterscheiden. Die überwiegende Mehrzahl der Todesopfer in den gewaltsamen Konflikten sind Zivilisten. Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung sind oft ein Instrument der Konfliktaustragung. Die stärksten Änderungen hinsichtlich der Intensität gibt es in Guinea. Dort eskalieren die Spannungen zwischen Rebellen und der Regierung zu einem Bürgerkrieg. Dagegen deeskaliert der Bürgerkrieg in Guinea-Bissau zu einer gewaltlosen Krise.

Konfliktintensitäten Afrika 2000 - 1999



Häufigkeit der Konfliktgegenstände Afrika



Angola

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1992
 Konfliktparteien: Regierung vs. UNITA-Rebellen
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht, Ressourcen

Im Bürgerkrieg zwischen den Regierungstruppen Angolas und der União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA) meldet die Regierung am 10.11. die Eroberung weiter Teile des Rebellengebietes. Diese und das von der UNO erlassene Verbot des Diamantenhandels entziehen der UNITA wichtige Ressourcen zur Finanzierung ihres Kampfes. *gs*

Angola vs. Sambia

Intensität: 2 Veränderung: neu Beginn: 2000
 Konfliktparteien: Angola vs. Sambia
 Konfliktgegenstand: Regionale Macht, Territorium

Das Verhältnis zwischen Angola und Sambia ist gespannt. Ursache sind angolansische Militäroperationen gegen die UNITA auf dem Territorium Sambias. Beide Staaten drohen mit militärischer Gewalt. *gs*

Äthiopien (Ogaden)

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1994
 Konfliktparteien: Regierung vs. OLF, Rebellengruppen
 Konfliktgegenstand: ethnische, regionale Autonomie

Der Autonomiekonflikt in der an Somalia grenzenden äthiopischen Provinz Ogaden zwischen der Oromo Liberation Front (OLF), weiteren Rebellengruppen und der Regierung Äthiopiens dauert an. Nachdem die OLF ein Referendum zur Unabhängigkeit verlangt, ruft der Council of the Regional State of Oromiya am 14.7. die Stadt Nazaret anstelle von Addis Abeba als Hauptstadt aus. Im Sommer liefern sich verschiedene Rebellengruppen der OLF und Regierungstruppen Gefechte. Nach dem Waffenstillstand im Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea beschuldigt die OLF die

Regierung weitere Truppen in die Ogadenregion zu verlegen. *ta*

Burundi

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1993
 Konfliktparteien: Regierung (Tutsi) vs. Rebellengruppen (Hutu)
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Bürgerkrieg zwischen den Streitkräften der Tutsi-Regierung und Hutu-Rebellen geht unvermindert weiter. Vom 21.2. bis 3.3. finden in Arusha, Tansania, Friedensgespräche statt. Dort versucht der Vermittler, der südafrikanische Ex-Präsident Nelson Mandela, mit den 19 Konfliktparteien einen tragfähigen Frieden auszuhandeln. Am 28.8. unterschreiben 13 der teilnehmenden Parteien in Anwesenheit Mandelas, Bill Clintons und weiterer 20 Staatsmänner einen Friedensvertrag. Am 20.9. unterzeichnen die restlichen Konferenzteilnehmer den Vertrag unter Vorbehalt. Die beiden stärksten Rebellengruppen, der National Council for the Defence of Democracy – Forces for the Defence of Democracy (CNDD-FDD) und die Party for the Liberation of the Hutu-People (PALIPEHUTU), nehmen an der Konferenz jedoch nicht teil. Armee und Rebellen setzen während und nach den Verhandlungen den Krieg fort. *ps*

Elfenbeinküste

Intensität: 2 Veränderung: neu Beginn: 2000
 Konfliktparteien: RDR vs. FPI
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

General Robert Guei putscht am 24.12.1999 gegen die Regierung Henri Konan Bedie. Am 5.1. wird eine neue Regierung unter Einbeziehung von Vertretern oppositioneller Parteien gebildet. Allerdings werden einige der Oppositionsvertreter am 18.5. wieder aus der Re-

Übersicht: Konflikte in Afrika 2000

Betroffene(r) Staat(en) ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Angola	Regierung vs. UNITA-Rebellen	nationale Macht, Ressourcen	1992	•	4
Angola (Cabinda) *	Regierung vs. FLEC	Sezession	1982	↘	1
Angola, Sambia	Angola vs. Sambia	regionale Macht, Territorium	2000	neu	2
Äthiopien	Regierung vs. OLF, Rebellengruppen	ethnische, regionale Autonomie	1994	•	3
Burundi	Regierung (Tutsi) vs. Rebellengruppen (Hutu)	nationale Macht	1993	•	4
Dschibuti *	Regierung vs. FRUD	nationale Macht	1991	•	1
Elfenbeinküste	RDR vs. FPI	nationale Macht	2000	neu	2
Eritrea, Äthiopien	Eritrea vs. Äthiopien	Territorium, Grenze	1998	•	4
Eritrea, Sudan	Regierung Sudan vs. Regierung Eritrea, Rebellen	nationale Macht	1994	• Ende	1
Ghana	Regierung vs. verschiedene ethnische Gruppierungen	Autonomie	1994	• Ende	1
Guinea	Regierung vs. Union of Democratic Forces of Guinea, RUF	regionale Macht	1999	↑	4
Guinea-Bissau	Regierung (wechselnd) vs. Opposition	nationale Macht	1998	↘	2
Kenia *	Regierung vs. verschiedene ethnische Gruppen	nationale Macht	1991	•	1
Komoren	Regierung vs. rivalisierende Milizen	Autonomie, Sezession	1997	•	2
DR Kongo, Angola, Namibia, Simbabwe, Uganda, Ruanda	Regierung, Angola, Namibia, Simbabwe, Mayi-Mayi, Interhamwe vs. Uganda, Ruanda, RCD, RCD-ML, RCD-Goma, RCD-N, MLC, Hema, Lendu	nationale Macht, internationale Macht, Ressourcen	1998	•	4
Kongo-Brazzaville	Regierung (Sassou-Ngesso) vs. Ninja, Cocoye Milizen	nationale Macht	1997	↘	2
Lesotho	Regierung vs. BNP u.a.	nationale Macht	1998	•	1
Liberia	Regierung vs. LURD-Rebellen	nationale Macht	1997	↗	4
Mali *	Regierung vs. Tuareg Nomaden	Autonomie	1990	•	1
Mauretanien, Senegal	Mauretanien vs. Senegal	Ressourcen	2000	neu	2
Namibia	Regierung vs. CLA	regionale Autonomie, Sezession	1998	•	2
Namibia, Botswana	Namibia vs. Botswana	Territorium, Grenze	1991	•	1
Nigeria	Regierung vs. verschiedene Stämme, Christen, Muslime	Ressourcen, religiöse Autonomie, regionale Macht	1993	•	3
Nigeria, Äquatorialguinea, Kamerun *	Nigeria vs. Äquatorialguinea vs. Kamerun	Territorium, Grenze (Seegrenze)	1999	•	1
Nigeria, Kamerun *	Nigeria vs. Kamerun	Territorium, Ressourcen	1993	•	1
Ruanda	Regierung vs. Hutu-Milizen	Nationale Macht	1994	↗	3
Senegal	Regierung vs. MFDC	Sezession	1982	•	2
Sierra Leone	Regierung vs. RUF, AFRC	nationale Macht, Ressourcen	1991	•	4
Simbabwe	Regierung vs. MDC	nationale Macht	2000	neu	2
Somalia	Regierung, regionale Warlords vs. regionale Warlords	nationale Macht	1988	↘	2
Somalia (Somaliland)	Regierung, regionale Warlords vs. Somaliland	Autonomie, Sezession	1991	•	1
Südafrika (KwaZulu Natal)	IFP vs. ANC	nationale Macht	1999	↘	1
Sudan	Regierung vs. SPLA-Rebellen, u.a.	nationale Macht, Ressourcen im Südsudan, religiöse Vorherrschaft	1989	•	4
Tansania (Sansibar)	Regierung vs. CUF u.a. Oppositionsparteien	Autonomie, Sezession	1993	↗	2
Tschad	Regierung vs. CSNPD	Autonomie	1992	•	2
Tschad	Regierung vs. MDJT, CMAP	nationale Macht	1998	•	3
Uganda	Regierung vs. LRA, ADF	nationale Macht	1992	•	3
Zentralafrikanische Republik	Regierung vs. ehemals meuternde Soldaten	nationale Macht	1997	•	1

¹) mit * gekennzeichnete Konflikte sind nicht mit einem eigenen Text im Regionalteil erwähnt
²) aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien
³) Veränderungen zum Vorjahr: ↗ bzw. ↑ Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ↘ bzw. ↓ Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; • keine Veränderung
⁴) Intensitätsstufen: 4: Krieg; 3: ernste Krise; 2: Krise; 1: latenter Konflikt

gierung entlassen, darunter die Vertreter des Rassemblement des Républicains (RDR). Nach den Wahlen vom 22.10. erklärt sich Guei zum Sieger. Dagegen pro-

testieren Anhänger des Kandidaten der Front Populaire Ivoirien (FPI), Laurent Gbagbo, der die Mehrheit der Stimmen errungen hat. Nach Unruhen, bei denen

Sicherheitskräfte mehrere Menschen töten, muss Guei fliehen. Am 25. und 26.10. protestieren Anhänger des Kandidaten des RDR, Alassane Ouattara, weil dieser aufgrund der Vorwürfe, er sei kein Staatsangehöriger der Elfenbeinküste, von den Wahlen ausgeschlossen worden war. In Straßenschlachten mit Anhängern der FPI und bei Übergriffen auf moslemische Wohnviertel in Abidjan kommen zahlreiche Menschen ums Leben. Um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, verzichtet Ouattara zunächst bis nach den Parlamentswahlen Anfang Dezember auf die Teilnahme an der Regierung.

cs

Eritrea vs. Äthiopien

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Eritrea vs. Äthiopien	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Grenze	

Nach Gefechten an der Buriefrent im Grenzkrieg zwischen Äthiopien und Eritrea im Februar scheitern Gespräche unter Aufsicht der OAU. Die äthiopischen Streitkräfte führen im Mai eine 19-tägige Großoffensive, in der sie weite Teile Eritreas unter ihre Kontrolle bringen. Am 18.6. unterzeichnen die Konfliktparteien in Algier eine Waffenstillstandserklärung im Beisein von OAU, USA und EU. Diese sieht eine von UNO-Blauhelmen überwachte Sicherheitszone auf eritreischem Gebiet vor. Die ersten Angehörigen der UNO-Mission UNMEE sind seit Mitte September vor Ort. Ein endgültiger Friedensvertrag steht noch aus.

ta

Eritrea vs. Sudan

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Regierung Eritrea, Rebellen vs. Regierung Sudan	
Konfliktgegenstand:	Regionale Macht	

Der Konflikt zwischen Eritrea und dem Sudan wegen der eritreischen Unterstützung für die südsudanesischen Rebellen deeskaliert. Nachdem am Jahresanfang die Länder wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, unterzeichnen sie am 31.1. einen Friedensvertrag. Im Juli verstärken sich die Spannungen erneut, da der Sudan Eritrea aufs Neue beschuldigt die Rebellen im Süden zu unterstützen. Nach bilateralen Verhandlungen gelingt es jedoch, Anfang Oktober mit einer Kooperationsvereinbarung die Spannungen beizulegen.

ta

Ghana

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Regierung vs. verschiedene ethnische Gruppierungen	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Im Konflikt um Autonomieforderungen ethnischer Gruppierungen in Ghana sind im vergangenen Jahr keine neuen Forderungen erhoben worden. Der Konflikt kann zunächst als beendet betrachtet werden.

cs

Guinea

Intensität: 4	Veränderung: ↑	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	Regierung vs. Union of Democratic Forces of Guinea, RUF	
Konfliktgegenstand:	Regionale Macht	

Die Armee Guineas kämpft seit Anfang September gegen Rebellen im Grenzgebiet zu Sierra Leone und Liberia. Präsident Lansana Conté beschuldigt Liberia

und Sierra Leone, die Rebellen zu unterstützen. Bei Angriffen auf die Städte Massadou, Pamalap und Macenta kommen bis zum 17.9. mindestens 80 Menschen ums Leben. Die Union of Democratic Forces of Guinea unter Ex-General Gbagbo Zoumanigui erklärt sich für die Angriffe verantwortlich. Conté fordert die Bevölkerung auf, sich zu bewaffnen, um sich gegen die Rebellen zu verteidigen. Mitte September bekämpft Guinea auch die RUF-Rebellen in Sierra Leone. Dabei überschreitet die Armee die Grenze zum Nachbarland und eröffnet eine Offensive im Bundesstaat Lofa. Die US-Armee beginnt am 23.9. mit einem Ausbildungsprogramm für die Armee Guineas. Ein Ende der Kämpfe ist nicht in Sicht.

mw

Guinea-Bissau

Intensität: 2	Veränderung: ↓	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Regierung (wechselnd) vs. Opposition	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der militärische Sieger des Bürgerkriegs in Guinea-Bissau, Generalstabschef Ansoumane Mané, läßt am 16.1. Wahlen abhalten, die von Übergangspräsident Francisco Fadul organisiert werden. Kamba Yala wird am 17.2. neuer Präsident. Das Ergebnis wird auch von den Militärs akzeptiert. Die Interventionstruppen des Senegal, Guineas und der Economic Community of West African States (ECOWAS) ziehen sich daraufhin zurück. Der Konflikt wird aber durch die personelle Neubesetzung an der Spitze der Marine am 16.5. verschärft. Mané protestiert gegen die Veränderungen. Am 23.11. schießen Regierungstruppen und Mané-treue Truppen aufeinander. Mané wird gefangen genommen und des Landes verwiesen. Trotz dieser Krise scheint die Friedenskonsolidierung nicht gefährdet.

pb

Komoren (Anjouan)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Regierung vs. rivalisierende Milizen	
Konfliktgegenstand:	Autonomie, Sezession	

Auf den Komoren vereinbaren die Militärmachthaber der Hauptinsel Grande Comore, Assoumani Adzali, und der nach Sezession strebenden Insel Anjouan, Oberstleutnant Abeid, eine Grundsatzklärung, die weitgehende Autonomierechte für die einzelnen Inseln beinhaltet. Damit ist der OAU-Friedensplan, den die Organisation mit Hilfe eines Embargos gegen Anjouan durchsetzen wollte, obsolet geworden.

ta

DR Kongo

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Regierung, Angola, Namibia, Simbabwe, Mayi-Mayi, Interhamwe vs. Uganda, Ruanda, RCD, RCD-ML, RCD-Goma, RCD-N, MLC, Hema, Lendu	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Internationale Macht, Ressourcen	

Entgegen dem Friedensabkommen von Lusaka von 1999 belassen alle ausländischen Staaten außer dem Tschad ihre Truppen im Kongo. Der vereinbarte Teilerückzug einzelner Armeen wird am 22.3. nach heftigen Gefechten zwischen dem *Rassemblement Congolais pour la Démocratie* (RCD) und den Truppen Präsident Laurent Kabilas und seiner Verbündeten, Angola, Simbabwe und Namibia, ausgesetzt. Danach kämpfen im

Norden und Osten des Kongos, aber auch in den Provinzen Katanga und Kasai, Kabilas Truppen und die seiner Verbündeten gegen insgesamt vier Rebellengruppen und Truppen Ruandas und Ugandas. Diese beiden Staaten unterstützen verschiedene Rebellengruppen, die sich auch untereinander bekämpfen. Am 3.11. kommt es darüber hinaus zu internen Rankämpfen bei der RCD-Mouvement de la Libération (RCD-ML). Ruanda und Uganda kämpfen vor allem gegen May-May- und Interhamwemilizen, die von kongolesischem Gebiet aus gegen Ruanda und Uganda operieren. Schließlich kämpfen am 5.6. noch die eigentlich verbündeten Truppen Ruandas und Ugandas um die Kontrolle der strategisch wichtigen Stadt Kisanjani im Osten Kongos. Ausgelöst hat diesen Zusammenstoß das Machtvakuum nach dem Teilrückzug vom März. Im Nordosten verüben die Volksgruppen der Hema und Lendu wechselseitig Massaker. Schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden laut UNO-Sonderbeobachter Roberto Gameton von allen Beteiligten verübt. Die Vermittlungsgespräche im eigentlichen Bürgerkrieg werden immer wieder von Kabila gestört, der nicht zu vereinbarten Treffen erscheint und den in Lusaka, Sambia, vereinbarten Vermittler Ketumile Masire nicht anerkennt. Er behindert ebenso die Stationierung der UNO-Mission MONUC und verbietet sie schließlich am 25.7. in dem von ihm kontrollierten Gebiet. Am 1.11. sind lediglich 566 UNO-Beobachter, nicht aber die 5.000 geplanten Blauhelmsoldaten vor Ort. Weiter befinden sich 30 Beobachter der Joint Military Commission (JMC) der Lusakavertragsstaaten im Land. Die Verbündeten üben Druck auf Kabila aus zu einer Einigung mit den Rebellen zu kommen, da sie die finanziellen Folgen ihres Engagement nicht mehr tragen wollen. *pb*

Kongo Brazzaville

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Regierung (Sassou-Ngesso) vs. Ninja, Cocoye Milizen	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

In Kongo-Brazzaville schließt Präsident Denis Sassou-Ngesso mit den Ninja- und Cocoye-Milizen des geflohenen Ex-Präsidenten Pascal Lissouba und Bernard Coleles unter Vermittlung des gabunischen Präsidenten Omar Bongo am 16.11.1999 einen Waffenstillstand. Sassou-Ngesso wird in den folgenden Vertragsverhandlungen Übergangspräsident und legt am 17.10. eine neue Verfassung vor. Neuwahlen sind für Juni 2001 geplant. Destabilisierend wirkt sich die Rückkehr von rund 800.000 Flüchtlingen und die Anwesenheit von etwa 33.000 Flüchtlingen aus der Republik Kongo aus. *pb*

Lesotho

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Regierung vs. BNP u.a.	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt in Lesotho zwischen dem regierenden Lesotho Congress for Democracy (LCD) und der Opposition um die volle Demokratisierung des Landes bleibt ungelöst. Die Regierung und die 1999 eingesetzte Interim Political Authority (IPA) werfen sich gegenseitig die Verzögerung der Neuwahlen vor. Diese werden schließlich für den 26.5.2001 neu angesetzt.

Die letzten Militärhelfer aus Botswana und Südafrika verlassen Ende Mai das Land. *cb*

Liberia

Intensität: 4	Veränderung: ↗	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Regierung vs. LURD-Rebellen	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Im Juli ordnet Liberias Präsident Charles Taylor die Generalmobilmachung der Armee an, um die Rebellen der Liberians United for Reconciliation and Democracy (LURD) im Bundesstaat Lofa zu bekämpfen. Die Kämpfe zwischen der Armee und den Rebellen konzentrieren sich auf die Gebiete um die Stadt Voinjama, über die Präsident Taylor am 19.7. den Ausnahmezustand verhängt. Er beschuldigt Guinea und die Elfenbeinküste der Unterstützung der Rebellen. Die betroffenen Staaten weisen diesen Vorwurf zurück. EU und USA werfen der Regierung Taylor den Bruch des Lomé-Friedensabkommens für Sierra Leone vor, da sie der Revolutionary United Front (RUF) Waffen gegen Diamanten verkauft. Deshalb wird im Juni die Entwicklungshilfe der EU gestoppt. Im Oktober verhängt die US-Regierung ein Einreiseverbot für alle Mitglieder der liberianischen Regierung und deren Familien. Ungeachtet des außenpolitischen Drucks dauern die Gefechte an. Am 9.8. startet die Armee eine Großoffensive, die aber bisher nicht zu einer Entscheidung des Krieges geführt hat. Zehntausende Zivilisten befinden sich auf der Flucht. *mw*

Mauretanien vs. Senegal

Intensität: 2	Veränderung: neu	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Mauretanien vs. Senegal	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen	

Mauretanien weist am 5.6. sämtliche Staatsbürger des Senegal aus und schließt die Grenze. Damit reagiert die mauretanische Regierung auf Pläne des Senegal das Wasser des Flusses Senegal im Grenzgebiet zu Ungunsten Mauretaniens zu nutzen. Danach weist auch der Senegal alle Mauretanier aus. Der marokkanische König Mohammed VI. bietet sich den Konfliktparteien als Vermittler an, ebenso die Organisation des Mises de Valeur de Fleuve Sénégal (OMV). *pb*

Namibia (Caprivi-Streifen)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Regierung vs. CLA	
Konfliktgegenstand:	Regionale Autonomie, Sezession (Caprivi-Streifen)	

Im Nordosten Namibias kämpft die Caprivi Liberation Army (CLA) für die Unabhängigkeit des Caprivi-Streifens. Im August wird eine Gerichtsverhandlung gegen die Anhänger der CLA auf 2001 vertagt. Da namibische Truppen im Kongo auf Seiten der Regierung kämpfen, und aufgrund der geographischen Nähe zu von der UNITA kontrollierten Gebieten, findet die CLA Unterstützung bei der UNITA. *gs*

Namibia vs. Botswana

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Namibia vs. Botswana	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Grenze (Inseln Kasikili/Sidudu, Situngu)	

In der Auseinandersetzung um die gemeinsame Grenze wird eine Teillösung durch den Internationalen

Gerichtshof (IGH) herbeigeführt. Die Insel Kasikili/Sidudu wird nach dem Urteil des IGH vom 13.12.1999 Botswana zugesprochen. Die Zugehörigkeit der Situngu-Insel bleibt jedoch weiter umstritten.

gs

Nigeria

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Regierung vs. verschiedene Stämme, Christen, Muslime	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen, religiöse Autonomie, regionale Macht	

In Nigeria wird der Konflikt zwischen den Stämmen der Yoruba und der Hausa-Fulani weitgehend gewalttätig ausgetragen. Zwischen Januar und Oktober sterben bei Kämpfen zwischen der militanten Yoruba-Vereinigung Odua Peoples Congress (OPC) und Angehörigen der Hausa-Fulani mindestens 130 Menschen. Im Oktober reagiert die Regierung, verbietet den OPC und verhängt über die Stadt Lagos eine Ausgangssperre. Mehrere Mitglieder des OPC kommen vor Gericht.

Die Einführung der Scharia in mehreren Bundesstaaten Nordnigerias ist der Auslöser für schwere Unruhen und daraus resultierenden Pogrome zwischen Christen und Muslimen. Bei Übergriffen von Muslimen werden im Februar über 300 Christen getötet. Im März kommen bei einer Vergeltungsaktion von Christen im Bundesstaat Abia mehr als 300 Muslime ums Leben. Bis September kommt es immer wieder zu blutigen Unruhen. Die Southern Kaduna Peoples Union (SOKAPU) fordert die Teilung des Bundesstaates in einen christlichen Süden und einen moslemischen Norden. Nigeria droht dadurch eine Spaltung in christlich und moslemisch dominierte Bundesstaaten. Die Situation entspannt sich auch nicht, nachdem in einigen Bundesstaaten die Implementierung der Scharia bis auf weiteres ausgesetzt wird.

Der Ressourcenkonflikt verschiedener Stämme im Ölfördergebiet im Nigerdelta mit der Zentralregierung Nigerias schwelt weiter. Die Regierung droht weiterhin mit dem Einsatz der Armee.

mw

Ruanda

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Regierung vs. Hutu-Milizen	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Im Nordwesten des Landes kommt es zu bewaffneten Übergriffen der Hutu-Milizen auf die Zivilbevölkerung. Die innenpolitische Lage bleibt instabil. Am 28.2. tritt Premierminister Celestin Rwigema zurück, sein Nachfolger wird Bernhard Makazu. Danach tritt Präsident Pasteur Bizimungu am 24.3. zurück. Sein Nachfolger wird am 22.4. Vizepräsident Paul Kagame. Der Internationale Gerichtshof in Arusha ist bemüht, die Hintergründe des Genozids von 1994 aufzuklären. Am 21.7. wird eine Volkszählung durchgeführt, welche der genauen Bestimmung der Opferzahlen des Völkermords von 1994 dienen soll.

ps, nm

Senegal

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	Regierung vs. MFDC	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Senegal finden am 26.12.1999 Gespräche zwischen

der Regierung und den Rebellen der Mouvement de Forces démocratiques de Casamance (MFDC), die für die Eigenstaatlichkeit der Casamance kämpfen, statt. Gambia und Guinea-Bissau vermitteln weitere Treffen. Obwohl beide Seiten immer wieder Anschläge und Überfälle verüben, bei denen es Todesopfer gibt, werden die Gespräche fortgesetzt. Die Lage der Rebellen verschlechtert sich, als Guinea-Bissau deren Rückzugsgebiete in der Grenzregion auf Druck Senegals sperrt. Am 16.8. unternimmt das Militär beider Länder erstmals gemeinsame Grenzkontrollen.

pb

Sierra Leone

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Regierung vs. RUF, AFRC	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ressourcen	

Ungeachtet des am 7.7.1999 geschlossenen Friedensabkommens von Lomé dauert der Bürgerkrieg in Sierra Leone an. Nach der Übergabe des Mandats der Economic Community of West African States Peace Monitoring Group (ECOMOG) an die UNO im April beginnen die Rebellen der Revolutionary United Front (RUF) erneut, auf die Hauptstadt Freetown zu marschieren. Durch das Eingreifen britischer Truppen wird die RUF zurückgedrängt. Kämpfe zwischen UNO-Truppen und Rebellen dauern bis August an. Im September flauen die Kämpfe ab und konzentrieren sich auf die östlichen Diamantengebiete. Am 17.5. wird der RUF-Führer Foday Sankoh festgenommen. Sein Nachfolger Issa Sesay erklärt seine Bereitschaft, am Entwaffnungsprogramm der UNAMSIL teilzunehmen. Unter Vermittlung der UNO und der ECOWAS wird am 10.11. in Abuja, Nigeria, ein Waffenstillstandsabkommen zwischen RUF und Regierungsvertretern unterzeichnet.

cs

Simbabwe

Intensität: 2	Veränderung: neu	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Regierung vs. MDC	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Im Vorfeld der Parlamentswahlen in Simbabwe gehen Anhänger der regierenden Zimbabwe African National Union – Patriotic Front (ZANU-PF) im Frühjahr gewaltsam gegen Anhänger der Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC) vor. Kriegsveteranen und Schlägertrupps halten die Opposition insbesondere in ländlichen Gegenden vom Wahlkampf ab. Zu Propagandazwecken werden Farmen weißer Besitzer, von denen einige auch die MDC unterstützen, besetzt und enteignet. Mindestens 30 Menschen kommen dabei ums Leben. Bei den Wahlen am 24. und 25.6. gewinnt die Partei des Präsidenten Robert Mugabe, ZANU-PF, mit knapper Mehrheit. Daraufhin lässt die Welle der Gewalt deutlich nach. Übergriffe auf Oppositionelle und Enteignungen dauern jedoch an.

cs

Somalia

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1988
Konfliktparteien:	Regierung, Regionale Warlords vs. Regionale Warlords	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

In Somalia ist eine deutliche Abnahme gewalttätiger politischer Auseinandersetzungen festzustellen. Am 2.5. beginnt auf Initiative des Präsidenten von Dschi-

buti, Omar Guelleh, in Arta eine Friedenskonferenz unter Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen. Im August werden eine Transitional National Assembly (TNA) und der Präsident, Abdiqassim Salad Hassan, gewählt. Am 9.11. wird der neue Ministerpräsident Ali Khalif Galaid bestätigt. Die neuen Institutionen werden nicht von allen Warlords und Regionen anerkannt. *cb*

Somalia (Somaliland)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Regierung Somaliland vs. Regierung Somalia, Regionale Warlords	
Konfliktgegenstand:	Autonomie, Sezession	

Die Regierung von Somaliland unter Mohammed Egal arbeitet nicht an der Friedenskonferenz (siehe Somalia) mit und bekräftigt die eigene Unabhängigkeit. Nach Somaliland zurückkehrende Mitglieder der TNA werden verhaftet, aber nach Protesten wieder freigelassen. Somaliland wird international weiterhin nicht anerkannt. *cb*

Südafrika

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	IFP vs. ANC	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht (KwaZulu Natal)	

In der südafrikanischen Provinz KwaZulu Natal bilden African National Congress (ANC) und Inkatha Freedom Party (IFP) seit letztem Jahr eine Koalition. Dennoch besteht der Konflikt zwischen beiden Parteien um die Macht in der Provinz weiter. Im Vorfeld der lokalen Wahlen im November kommt es zu Gewalttaten mit Todesopfern. Allerdings ist unklar, ob die Täter Anhänger einer der Parteien oder Kriminelle sind. *cs*

Sudan

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Regierung vs. SPLA-Rebellen, u.a.	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Ressourcen, religiöse Vorherrschaft	

Der Bürgerkrieg im Sudan zwischen streng islamischer Regierung und separatistischen Bewegungen im Süden des Landes hält unvermindert an. Die Rebellen der Sudanese Peoples Liberation Army (SPLA) und die Oppositionsgruppen der NDA versuchen eine autonome Region im christlich geprägten Süden mit säkularer Verfassung zu errichten. Die muslimische Regierung unter Staatspräsident Umar al-Bashir lehnt dies ab. Auf Initiative der Intergovernmental Authority on Development (IGAD) finden in Nairobi ergebnislose Gespräche zwischen Opposition und Regierung statt. Während der Verhandlungen kämpfen die Konfliktparteien weiter. Wiederholt vereinbarte Waffenstillstände werden regelmäßig gebrochen. *ps*

Tansania

Intensität: 2	Veränderung: ↗	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Regierung vs. CUF u.a. Oppositionsparteien	
Konfliktgegenstand:	Autonomie, Sezession (Sansibar)	

Das im Juni 1999 auf der Insel Sansibar zwischen der regierenden Chama Cha Mapinduzi (CMM) und der größten Oppositionspartei Civic United Front (CUF) geschlossene Abkommen wird durch die Wahlen vom 29.10. obsolet, die von der Opposition und internatio-

nen Wahlbeobachtern als Farce verurteilt werden. Die Inaugurationen von Amani Abeid Karume (CMM) als Präsident von Sansibar und Benjamin Mkapa (CMM) als Präsident von Tansania werden von der CUF und anderen Oppositionsparteien nicht anerkannt. Die Nachwahlen vom 5.11. werden von der Opposition boykottiert. Beide Seiten verüben Bombenanschläge und Brandstiftungen. *cb*

Tschad

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn:
Konfliktparteien:	Regierung vs. CSNPD	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Konflikt im Süden des Landes dauert an. Die Rebellengruppierungen um das Comité de Sursaut national pour la paix et la démocratie (CSNPD) verlieren jedoch deutlich an Kraft. Im September wird der Führer des CSNPD, Moise Kette, bei einem Schusswechsel von Regierungstruppen getötet. *cb*

Tschad

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn:
Konfliktparteien:	Regierung vs. MDJT, CMAP	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der im Oktober 1998 neu aufgebrochene Konflikt im Tschad zwischen der Regierung und dem Mouvement pour la Démocratie et la Justice au Tchad (MDJT) unter Yousouf Togoimi eskaliert. Bis zu 700 Rebellen und Regierungstruppen fallen bei Kämpfen in der Tibestiregion im Norden des Landes. Die MDJT als größte Rebellengruppierung schließt am 11.2. ein Bündnis mit weiteren kleineren Gruppen. *cb*

Uganda

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	Regierung vs. LRA, ADF	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Die Regierung Ugandas kämpft im Norden gegen die Lords Resistance Army (LRA) und im Westen gegen die Allied Democratic Forces (ADF). In Folge der Kooperationsvereinbarung von 1999 zwischen Uganda und dem Sudan unterstützt der Sudan die LRA nicht mehr in vollem Umfang. Die ADF wird bis in ihre Rückzugsgebiete im Kongo von der Armee Ugandas verfolgt und dort auch vorwiegend bekämpft. *mn*

Zentralafrikanische Republik

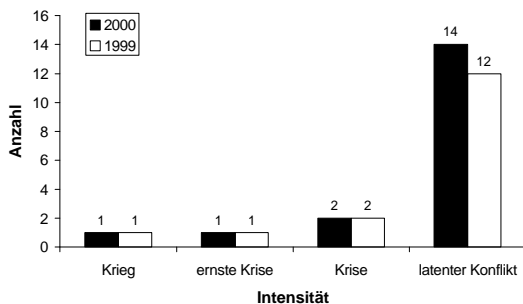
Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Regierung vs. ehemals meuternde Soldaten	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik, der 1997 durch meuternde Soldaten begonnen und später durch Soldaten des ehemaligen kongolesischen Präsidenten Mobutu Sese Seko verstärkt wurde, besteht weiter. Die UNO-Mission MINURCA endet am 15.2., danach arbeitet die UNO im Rahmen ihres ständigen Büros für Friedensunterstützung weiter. Alle relevanten Gruppen befinden sich mit Präsident Felix Patasse im Dialog. Problematisch bleibt die wirtschaftliche Lage und die Situation von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Kongo. *pb*

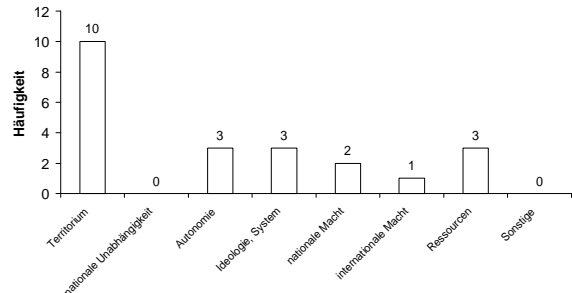
Amerika

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der politischen Konflikte auf dem amerikanischen Kontinent von 16 auf 18 leicht erhöht. Zwei Grenzkonflikte (Nicaragua - Honduras und Surinam - Guyana) wurden erstmals erfasst. Es konnte kein Konflikt beendet werden. Mit Ausnahme der beiden Gewaltkonflikte in Kolumbien zwischen der Regierung und den Guerillagruppen von FARC und ELN, werden alle Konflikte gänzlich oder überwiegend gewaltfrei ausgetragen. Bei der Mehrzahl dieser Konflikte handelt es sich um Grenzstreitigkeiten. In Paraguay fand auf dem Kontinent erstmals seit 1996 wieder ein Putschversuch statt, und der Putsch in Ecuador war der erste seit 1993.

Konfliktintensitäten Amerika 2000 - 1999



Häufigkeit der Konfliktgegenstände Amerika



Argentinien vs. Chile

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1902
 Konfliktparteien: Argentinien vs. Chile
 Konfliktgegenstand: Territorium

Der latente Konflikt um den Grenzverlauf in den Anden dauert an, ohne dass in diesem Jahr Veränderungen zu verzeichnen gewesen sind. *hö*

Argentinien vs. Großbritannien

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1982
 Konfliktparteien: Argentinien vs. Großbritannien
 Konfliktgegenstand: Territorium: Falklandinseln

Der Konflikt um die Falkland/Malvinas-Inseln zwischen Argentinien und Großbritannien besteht weiter. Beim Gipfeltreffen der südamerikanischen Präsidenten am 10.9. in Brasilien sprechen sich alle lateinamerikanischen Staaten für die Unterstützung der argentinischen Souveränitätsforderungen aus. Großbritannien beruft sich weiterhin auf den Willen der Inselbewohner, die britische Staatsbürger bleiben wollen. *hö*

Belize vs. Guatemala

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Belize vs. Guatemala
 Konfliktgegenstand: Grenze

Trotz Anerkennung Belizes durch Guatemala bricht der Grenzkonflikt um ein 7.500 Quadratmeilen großes Territorium (etwa die Hälfte Belizes) im Januar erneut auf, als ein Guatemalteke an der Grenze erschossen wird. Durch Vermittlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) finden im März in Washington erste bilaterale Gespräche statt. Auf einem weiteren Treffen im Juli vereinbaren beide Seiten vertrauensbildende Maßnahmen u.a. im militärischen Bereich. Trotz weiterer Zwischenfälle vereinbaren beide Staaten Anfang November erneut Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen und engere wirtschaftliche Kontakte. *js*

Bolivien vs. Chile

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1964
 Konfliktparteien: Bolivien vs. Chile
 Konfliktgegenstand: Territorium: Meereszugang Boliviens zum Pazifik, Ressourcen (Wassernutzung)

Der Konflikt mit Chile um einen Meereszugang Boliviens zum Pazifik dauert an. Der Anspruch wird von chilenischer Seite nicht anerkannt, da Chile sich auf die nach dem Krieg 1884 geschlossenen Verträge beruft. Auf einem Treffen am 9.11. in Santiago werden bilaterale Maßnahmen für eine gemeinsame Grenzpolitik beschlossen, um u.a. die Drogenbekämpfung zu verbessern. Am 16.11. schließlich erklärt die chilenische Maria Soledad Alvear Venezuela Außenministerin offiziell, dass über eine Möglichkeit nachgedacht wird, den bolivianischen Forderungen auf einen Meereszugang nachzukommen, ohne chilenisches Territorium abzutreten. *hö*

Guyana vs. Suriname

Intensität: 1 Veränderung: neu Beginn: 2000
 Konfliktparteien: Guyana vs. Suriname
 Konfliktgegenstand: Territorium

Nach der Unabhängigkeit Surinams von den Niederlanden im Jahre 1975 erhob das Land Ansprüche gegenüber Guyana auf Gebiete westlich des Coeroni-Flusses im äußersten Südwesten Surinams. Die Ansprüche ruhten bislang. In diesen Gebieten werden jedoch Bodenschätze vermutet, was Surinam in diesem Jahr veranlasst hat, seine Forderungen zu erneuern. *hs*

Honduras vs. Nicaragua

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1999
 Konfliktparteien: Honduras vs. Nicaragua
 Konfliktgegenstand: Territorium (Seegrenze)

Beide Staaten streiten um die Seegrenze und Fischereirechte in der Karibik. Dort werden Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet. Zur Durchsetzung seiner Ansprüche hat Nicaragua Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) eingereicht. Nach einer Vermittlung durch die Organisation Amerikanischer

Übersicht: Konflikte in Amerika 2000

Betroffene(r) Staat(en) ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Argentinien, Chile *	Argentinien vs. Chile	Territorium (Grenzverlauf in den Anden)	1902	•	1
Argentinien, Großbritannien	Argentinien vs. Großbritannien	Territorium (Falklandinseln)	1982	•	1
Belize, Guatemala	Belize vs. Guatemala	Grenze	1991	•	1
Bolivien, Chile	Chile vs. Bolivien	Territorium (Meereszugang Boliviens zum Pazifik), Ressourcen (Wassernutzung)	1964	•	1
Guyana, Suriname	Guyana vs. Suriname	Territorium (Coeroni-Fluss)	2000	neu	1
Guyana, Venezuela *	Guyana vs. Venezuela	Territorium (Essequibo)	1962	•	1
Honduras, Nicaragua	Honduras vs. Nicaragua	Territorium (Seegrenze)	1999	•	1
Kanada (Quebec)	Quebec vs. Kanada	regionale Autonomie	1990	•	1
Kanada - USA *	Kanada vs. USA	Territorium, Ressourcen	1996	•	1
Kolumbien	Regierung vs. ELN Guerilla	politisches System	1961	•	3
Kolumbien	Regierung vs. FARC Guerilla	politisches System, Ideologie	1961	•	4
Kolumbien, Nicaragua	Kolumbien vs. Nicaragua	Territorium (St.-Andrés-Archipel)	1980	•	1
Kolumbien, Venezuela *	Kolumbien vs. Venezuela	Territorium (Monjes-Inseln)	1952	•	1
Kuba, USA	USA vs. Kuba	geostrategische Lage, politisches System/Ideologie	1961	•	1
Mexiko (Chiapas)	Regierung vs. EZLN	Autonomie	1994	•	2
Mexiko (Guerrero) *	Regierung vs. ELN	Autonomie	1997	•	1
Peru	Regierung vs. Opposition (verschiedene Gruppierungen)	nationale Macht	2000	neu	2
Peru	Peru vs. Sendero Luminoso	politisches System	1980	↘	1

¹) mit * gekennzeichnete Konflikte sind nicht mit einem eigenen Text im Regionalteil erwähnt
²) aufgeführt werden nur die im Bereichszeitraum direkt beteiligten Parteien
³) Veränderungen zum Vorjahr: ↗ bzw. ↗ Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe ↘ bzw. ↘ Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; • keine Veränderung
⁴) Intensität im Jahr 2000: 4: Krieg; 3: ernste Krise; 2: Krise; 1: latenter Konflikt

Staaten (OAS) vereinbaren beide Staaten am 31.12.1999, ihre Streitkräfte aus der Region zurückzuziehen und eine entmilitarisierte Zone zu errichten. Im Januar beginnen beide Staaten gemeinsam ihre Seegrenze festzulegen. Dennoch liefern sie sich in dieser Zeit zwei Feuergefechte im Golf von Fonseca. Nach einem weiteren Zusammenstoß im Februar einigen sich beide Länder in San Salvador auf vertrauensbildende Maßnahmen. Diese sehen gemäß der Vereinbarung vom Dezember vor, u.a. gemeinsame Patrouillen entlang der Grenze zu schaffen und die jeweiligen Streitkräfte mindestens 23 Kilometer hinter die Grenze zurückzuziehen. Die Vereinbarungen haben Gültigkeit, bis über die Klage Nicaraguas beim IGH hinsichtlich der Seegrenze entschieden worden ist. *js*

Kanada (Quebec)

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1990
 Konfliktparteien: Quebec vs. Kanada
 Konfliktgegenstand: Regionale Autonomie: Quebec

Der Konflikt um die Abspaltung der Provinz Quebec von Kanada ist weiterhin offen. Nach aktuellen Umfragen befürworten nur noch 35-40% der Bürger Quebecs ein Referendum über diese Frage. Dem entsprechen auch die Stimmenverluste des Bloc Québécois bei den Parlamentswahlen vom 26.11. *su, ck*

Kolumbien

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1961
 Konfliktparteien: Regierung vs. ELN Guerilla
 Konfliktgegenstand: Politisches System

Trotz zahlreicher Anschläge des etwa 5.000 Mann starken Nationalen Befreiungsheeres (Ejército de la Liberación Nacional – ELN) akzeptiert die Regierung im März deren Forderung nach einer eigenen neutralen Zone im Süden des Landes. Diese soll zur Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen den Vertretern beider Seiten dienen. Nachdem die ELN im Oktober zwischen 30 und 40 Personen in Cali entführt hat, kündigt die Regierung unter Präsident Andres Pastrana an, die Friedensgespräche nur unter der Bedingung fortzuführen, dass alle Geiseln freigelassen werden. Nach Entlassung der Geiseln Anfang November werden die Verhandlungen unter der Vermittlung der *Gruppe befreundeter Länder* (Frankreich, Kuba, Norwegen, Schweiz und Spanien) wieder aufgenommen. Die in den Vereinigten Selbstverteidigungskräften Kolumbiens (Autodefensas Unidas de Colombia – AUC) zusammengeschlossenen Paramilitärs kämpfen weiter gegen die linksgerichteten Guerillas. Die Paramilitärs verüben zahlreiche Überfälle, bei denen vor allem Zivilisten ums Leben kommen. Die AUC wollen so die Verhandlungen zwischen Regierung und den beiden Rebellenorganisationen sabotieren und so ihre Teilnahme an den Verhandlungen erzwingen. Im November entlässt der Anführer der AUC, Carlos Castano, 7 Parlamentarier aus der Geiselhaft. Diese waren aus

Protest gegen die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und Rebellen entführt worden.

su, ck

Kolumbien

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1961
Konfliktparteien: Regierung vs. FARC Guerilla		
Konfliktgegenstand: Politisches System, Ideologie		

Der Bürgerkrieg zwischen der Armee und den Bewaffneten Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (Fuerzas Armadas Revolucionarias Colombianas – FARC) geht mit unverminderter Intensität weiter. Der von den USA finanzierte Plan Colombia trägt zu einer weiteren Verhärtung der Fronten bei. Der Großteil der 1,3 Mrd. Dollar Hilfe ist für die militärische Ausrüstung der kolumbianischen Armee vorgesehen. Die Guerilla lehnt den Plan deshalb als direkte militärische Einmischung der USA ab. Die FARC kündigt daraufhin im April die Entführung reicher Bürger an, falls diese nicht bereit seien, 10% ihres Einkommens als Kriegsteuer zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes der Guerilla zu entrichten. Trotzdem sichert die Regierung der FARC die Beibehaltung ihrer neutralen Zone in der Region San Vicente südlich von Bogota bis Ende des Jahres zu. Im April gründet die FARC, die inzwischen über ca. 15.000 bis 20.000 aktive Kämpfer verfügt, einen politischen Arm, den Movimiento Bolivariano Por Una Nueva Colombia (Bolivarische Bewegung für ein neues Kolumbien). Der erste Versuch einer Parteigründung war Mitte der 80er Jahre an den massiven Verfolgungen und Ermordungen durch rechtsgerichtete Paramilitärs gescheitert. Am 14.11. werden die vor zwei Jahren begonnenen Friedensverhandlungen zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung ausgesetzt. *su, ck*

Kolumbien vs. Nicaragua

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1980
Konfliktparteien: Kolumbien vs. Nicaragua		
Konfliktgegenstand: Territorium (San-Andres-Inseln)		

Im Konflikt um die San-Andres-Inseln vor der nicaraguanischen Karibikküste hält Nicaragua seine Forderungen gegenüber Kolumbien weiter aufrecht. Kolumbien weigert sich jedoch bislang, die Territorialansprüche Nicaraguas anzuerkennen. *js*

Kuba vs. USA

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1961
Konfliktparteien: Kuba vs. USA		
Konfliktgegenstand: Geostrategische Lage, Politisches System, Ideologie		

Auf Drängen der starken US-amerikanischen Getreidelobby werden die Ausfuhrbeschränkungen für Nahrungsmittel und Medikamente aus den USA nach Kuba teilweise gelockert. Allerdings wird das Gesetz mit einer Verschärfung der Reisebeschränkungen für US-Bürger nach Kuba verbunden, um die Exilkubaner in Florida zu beschwichtigen. Die Forderung Kubas, die US-Militärbasis Guantanamo an der Südküste der Insel zu räumen, bleibt weiterhin bestehen. *su, ck*

Mexiko

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1994
Konfliktparteien: Mexiko vs. EZLN Guerilla		
Konfliktgegenstand: Autonomie		

Der Konflikt zwischen der mexikanischen Regierung und dem Zapatistischen Befreiungsheer (EZLN) um die Autonomie indigener Völker in der Provinz Chiapas besteht fort. Die Regierung hat einen teilweisen Abzug von Truppen aus der Provinz angeordnet und der neu gewählte Präsident Vicente Fox will der Guerilla bei ihren Autonomieforderungen entgegenkommen. *bh*

Peru

Intensität: 2	Veränderung: neu	Beginn: 2000
Konfliktparteien: Regierung (Fujimori) vs. Oppositionsgruppen		
Konfliktgegenstand: Nationale Macht		

Der Konflikt zwischen Präsident Fujimori und der Opposition, die dessen autoritäre Herrschaft beseitigen will, eskaliert, als Fujimori versucht, durch Wahlmanipulationen eine dritte Amtszeit anzutreten. Während der Wahlen im April sowie bei der Stichwahl im Mai, die von der Opposition boykottiert wird, kommt es zu Protestkundgebungen und Ausschreitungen. Unter Beteiligung der OAS beginnt am 15.8. ein Dialog zwischen Opposition und Regierung. Die Opposition fordert den Rücktritt des Präsidenten. Nach der Veröffentlichung von Beweisen über Korruption und Bestechung eines sehr engen Beraters, des Geheimdienstchefs Vladimiro Montesinos, kündigt Fujimori Neuwahlen für März 2001 an, bei denen er nicht mehr kandidieren wolle. Nachdem einige Abgeordnete im Parlament zur Opposition übergetreten sind, verliert Fujimori seine Parlamentsmehrheit. Schließlich setzt der Kongress seine Vorsitzende ab und wählt den Oppositionellen Valentín Panagua zum Parlamentspräsidenten. Nach der Flucht Montesinos' nach Panama und der Weigerung der Armee zugunsten von Fujimori zu intervenieren, nutzt der Präsident eine Reise nach Japan, um sich abzusetzen und von dort im November seinen Rücktritt zu erklären. Das Parlament lehnt den Rücktritt ab und setzt seinerseits Fujimori wegen moralischer Unfähigkeit ab. Bis zur Wahl am 8.4.2001 übernimmt Interimspräsident Panagua die Amtsgeschäfte. *sh*

Peru

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1980
Konfliktparteien: Peru vs. Sendero Luminoso		
Konfliktgegenstand: Politisches System		

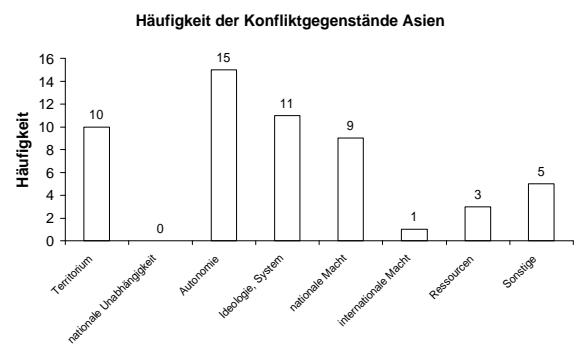
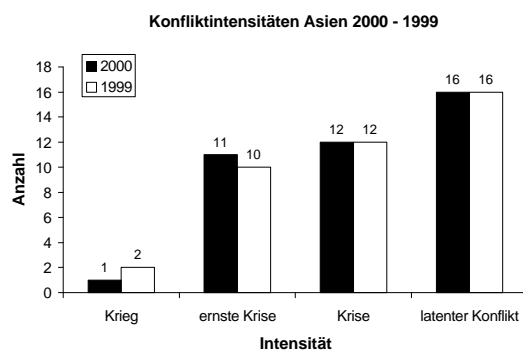
Der latente Konflikt zwischen der Regierung und der Guerillagruppe Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso) bleibt offen. Die Guerilla scheint militärisch besiegt und zu keinen nennenswerten Aktionen mehr fähig. *sh*

Asien

Die Gesamtzahl der Konflikte in Asien bleibt gegenüber dem Vorjahr konstant. Auch die Verteilung der Konfliktintensitäten bleibt weitgehend gleich. Bei den überwiegend gewaltsamen Konflikten dominieren die Konfliktgegenstände innerstaatliche Autonomiebestrebungen sowie Differenzen um das politische System. Fragen der Autonomie und Auseinandersetzungen um nationale Macht sowie territoriale Fragen stehen bei gewaltlosen Konflikten im Zentrum.

Hervorzuheben ist, dass sich erstmals seit Ende des Koreakrieges eine Entspannung im Verhältnis zwischen Nord- und Südkorea abzeichnet. Im von zahlreichen innerstaatlichen Konflikten betroffenen Indonesien bleiben die Konflikte, trotz einer erfolgreich eingeleiteten Demokratisierung, weiterhin bestehen. Die überwiegende Zahl der Konflikte wird jedoch inzwischen meist gewaltfrei ausgetragen. Im Pazifischen Raum lassen sich gegenläufige Entwicklungen bei innerstaatlichen Konflikten ausmachen. Neben der Entspannung auf Papua-Neuguinea flammen die Konflikte um nationale Macht auf den Salomonen und Fidschi auf.

Es ist zu beachten, dass mit dem Konfliktbarometer 2000 eine Neugliederung zweier Regionen vorgenommen wurde. In diesem Zusammenhang sind die mittelasiatischen GUS-Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan aus der Region Vorderer und Mittlerer Orient in die Region Asien umgruppiert worden. Die Konfliktdaten 1999 wurden dementsprechend angeglichen.



Bangladesch vs. Indien

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1999
 Konfliktparteien: Bangladesch vs. Indien
 Konfliktgegenstand: Grenze

Bei den Auseinandersetzungen um die Grenze zwischen Bangladesch und Indien gibt es – trotz eines Abkommens vom Dezember 1999 und einer Konferenz im April in Neu-Delhi – auch in diesem Jahr Zusammenstöße, in deren Folge Bangladesch Truppen in diese Region entsendet. Berichten zu Folge gab es bis zu 50 Tote. Trotz dieses Zwischenfalls treffen sich am 22.10. Vertreter der beiden Länder zu den regelmäßig erfolgenden halbjährlichen Gesprächen über Grenzfragen sowie Drogenhandel und illegale Einwanderung.

rkg

Bangladesch vs. Myanmar/Burma

Intensität: 2 Veränderung: ↗ Beginn: 1992
 Konfliktparteien: Bangladesch vs. Myanmar/Burma
 Konfliktgegenstand: Grenze

An der etwa 270 km langen und auf myanmarischer Seite verminten Grenze zwischen Bangladesch und Myanmar kommt es in diesem Jahr zu Spannungen. Nachdem es bereits Ende Dezember 1999 zu einem bewaffneten Zwischenfall gekommen war, verhandeln Bangladesch und Myanmar im Januar und Oktober über die Sicherung der Grenze und die Rückführung muslimischer myanmarischer Flüchtlinge aus Bangladesch. Auf Truppenkonzentrationen auf myanmarischer Seite im November, deren Hintergrund unklar

bleibt, reagiert Bangladesch gleichfalls mit der Entsendung von Armeeeinheiten. *rkg*

China vs. Taiwan

Intensität: 2 Veränderung: Beginn: 1949
 Konfliktparteien: Taiwan vs. Volksrepublik China
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Nachdem am 19.3. der bisherige Oppositionspolitiker und Verfechter der Unabhängigkeit Taiwans, Chen Shuibien zum Präsidenten Taiwans gewählt worden ist, reagiert die Volksrepublik China mit regelmäßig stattfindenden Militärmanövern. Die USA fordern beide Staaten mehrfach zu Verhandlungen auf. Diese betonen mehrfach Gesprächsbereitschaft, jedoch bleibt der Konflikt besonders wegen der Bemühungen Taiwans um Waffenkäufe von den USA und der Bewerbung um Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen weiterhin gespannt. *mp*

China vs. Taiwan vs. Vietnam, u.a. (Spratly)

Intensität: 1 Veränderung: ↘ Beginn: 1974
 Konfliktparteien: VR China vs. Taiwan vs. Brunei vs. Malaysia vs. Vietnam vs. Philippinen
 Konfliktgegenstand: Territorium (Spratly-/Paracel-Inseln), Ressourcen

Vietnam und die VR China erklären am 25.9., dass sie neben dem Streit um die Seegrenze im Golf von Tonkin auch ihren Konflikt um die Spratly-/Paracel-Inseln beilegen wollen. Ende 2000 soll ein Fischereiabkom-

men geschlossen werden. Der Konflikt zwischen den anderen beteiligten Parteien besteht jedoch weiterhin.

fp

Fidschi

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1987
Konfliktparteien:	Zentralregierung vs. nationalistische Rebellen vs. indischstämmige Minderheit	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Der Konflikt auf den Fidschi-Inseln zwischen einheimischer und indisch-stämmiger Bevölkerung eskaliert zu einem gewaltsamen Putsch unter Georges Speight. Dabei werden etwa dreißig Politiker, darunter auch der Premierminister Mahendra Chaudhry, durch nationalistische Kräfte im Mai vorübergehend als Geiseln genommen. Nach einer Phase der Militärherrschaft und zeitweise gewaltsamen Unruhen werden im Juli Ratu Josefa Iloilo zum Präsidenten und Qarase zum Premierminister ernannt. Die neue Regierung wird jedoch weder von der alten Regierung noch vom Obersten Gericht anerkannt, so dass der Konflikt ungelöst bleibt.

mp

Indien (Assam)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1983
Konfliktparteien:	Regierung vs. ULFA, u.a.	
Konfliktgegenstand:	Autonomie (Assam)	

Im indischen Unionsstaat Assam halten die gewalttätigen Auseinandersetzungen verschiedener Rebellen-Gruppen mit der indischen Zentralregierung um regionale Autonomie weiter an. Es kommt zu zahlreichen Terroranschlägen der Rebellen der United Liberation Front of Assam (ULFA). Diese richten sich sowohl gegen Angehörige der indischen Sicherheitskräfte als auch gegen die Zivilbevölkerung und fordern viele Opfer auf beiden Seiten. Etwa 800 Rebellen ergeben sich im Laufe des Jahres den Behörden. Die indische Regierung berücksichtigt bei einer Neugliederung der indischen Bundesstaaten im Laufe des Jahres die Forderungen aus Assam nicht. Auch dies führt zu erneuten bewaffneten Zusammenstößen zwischen den Rebellen-Gruppen und indischen Sicherheitskräften.

mp

Indien vs. Pakistan

Intensität: 3	Veränderung: ↘	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Indien vs. Pakistan, Rebellen aus Kaschmir und Pakistan (Jammu und Kashmir Liberation Front, Hezb ul-Mujahedin u.a.)	
Konfliktgegenstand:	Territorium, regionale Macht	

Der Konflikt im indischen Unionsstaat Jammu und Kaschmir hält weiter an. Die Zahl der Gefechte zwischen regulären indischen und pakistanischen Einheiten nimmt im Vergleich zum Vorjahr ab. Im März ruft der US-amerikanische Präsident Clinton Indien und Pakistan zum Dialog auf, lehnt eine Vermittlerrolle jedoch ab. Das ganze Jahr hindurch liefern sich auch moslemische Freischärler Gefechte mit indischen Sicherheitskräften, die von Terroranschlägen der Rebellen, vor allem gegen die Zivilbevölkerung, begleitet sind. Anfang Juli verabschiedet das Parlament von Jammu und Kaschmir ein Ersuchen nach Autonomie an die indische Zentralregierung, das diese jedoch umgehend zurückweist. Ein von der einflussreichen Untergrundbewegung Hezb ul-Mujahedin im Juli verkündeter Waffenstillstand endet vorzeitig aufgrund

von verstärkten Kämpfen zwischen anderen Rebellen-Gruppen und Regierungseinheiten. Im November kündigt die indische Regierung einen einseitigen Waffenstillstand für den moslemischen Fastenmonat Ramadan an, der von einem Großteil der Rebellen akzeptiert wird.

mp

Indonesien (Aceh)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1953
Konfliktparteien:	Regierung vs. GAM	
Konfliktgegenstand:	Autonomie (Aceh), Ressourcen	

Nach jahrelangen Kämpfen in der Region Aceh einigen sich Vertreter der Rebellenorganisation Bewegung Freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka – GAM) und der indonesischen Regierung am 13.5. in Genf auf einen Waffenstillstand, der am 1.6. in Kraft tritt. Als weiteres positives Signal wird die Verurteilung indonesischer Soldaten am 18.5. für ihre Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung in Aceh aufgenommen. Mitte November erfährt der Friedensprozess mit einer Massendemonstration für die Volksabstimmung über die Unabhängigkeit einen Rückschlag. Dabei kommt es zu neuen Gefechten, die etwa 15 Todesopfer fordern. Die Rebellen lehnen weitere Verhandlungen mit der Regierung ab. Im gleichen Monat verspricht Staatspräsident Abdurrahman Wahid der Provinz beschränkte politische und wirtschaftliche Autonomie-rechte.

nis

Indonesien (Irian Jaya/West Papua)

Intensität: 2	Veränderung: ↗	Beginn: 1963
Konfliktparteien:	Regierung vs. OPM	
Konfliktgegenstand:	Sezession (Irian Jaya/West-Papua)	

Der Konflikt in der indonesischen Provinz Irian Jaya (West-Papua) intensiviert sich im Vergleich zu 1999. Bereits zu Jahresbeginn kommt es zu zum Teil gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Separatisten des Free Papua Movement (OPM) und Sicherheitskräften, denen Monate der Entspannung folgen. Der Konflikt gewinnt im Juni an Schärfe, als eine Versammlung von 2.500 Vertretern der papuanischen Bevölkerung Irian Jayas die internationale Staatengemeinschaft auffordert, die Unabhängigkeit West-Papuas anzuerkennen. Der indonesische Staatspräsident Abdurrahman Wahid weist diesen Vorstoß entschieden zurück, hält jedoch weiterhin seine Gesprächsbereitschaft mit Führern der Unabhängigkeitsbewegung aufrecht. Diese erweisen sich letztlich als erfolglos. Im Oktober und November entsendet Indonesien Truppen und Kriegsschiffe in Richtung Irian Jaya. Es kommt im Oktober und November zu Ausbrüchen von Gewalt mit zahlreichen Toten und Verletzten.

mp

Indonesien (Borneo/Kalimantan)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Regierung vs. Malayen vs. Dajaks und Maduresen	
Konfliktgegenstand:	Sonstige	

Die verschiedenen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Volksgruppen und der indonesischen Regierung auf der Insel Borneo (Kalimantan) werden fortgesetzt. Doch kommt es nur noch zu vereinzelt Übergriffen, denen weniger als 10 Menschen zum Opfer fallen.

nis

Übersicht: Konflikte in Asien 2000

Betroffene(r) Staate(en) ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Bangladesch *	Bangladesch vs. regionale Gruppierungen	Autonomie (Chittagong Hill Tracts)	1991	•	1
Bangladesch *	Regierung vs. Opposition	nationale Macht, System	1991	•	2
Bangladesch, Indien	Bangladesch vs. Indien	Grenze	1999	•	2
Bangladesch, Myanmar	Bangladesch vs. Myanmar	Grenze	1992	↗	2
Bhutan, Nepal *	Bhutan vs. Nepal, nepalesischstämmige Flüchtlinge	Sonstige (Rückführung Flüchtlinge)	1992	•	1
China *	Regierung vs. Falung Gong, Zhong Gong u.a.	Ideologie, System (Autorität KP China), religiöse Autonomie	1999	•	2
China (Tibet) *	Regierung vs. Tibeter	Sezession, Autonomie	1950	•	2
China, Indien *	China vs. Indien	Territorium (Grenze)	1954	•	1
China, Russland *	China vs. Russland	Grenze	1966	•	1
China, Taiwan	China vs. Taiwan	nationale Macht	1949	•	2
China, Taiwan, Vietnam (Spratly)	Brunei vs. China vs. Malaysia vs. Philippinen vs. Taiwan vs. Vietnam	Territorium (Spratly-/Paracel-Inseln), Ressourcen	1974	↘	1
China (Uiguren) *	Regierung vs. Uiguren	Autonomie	1997		1
China, Vietnam *	China vs. Vietnam	regionale Macht	1964	•	1
Fidschi	Zentralregierung vs. nationalistische Rebellen vs. indischstämmige Minderheit	nationale Macht	1987	↗	3
Indien (Assam)	Regierung vs. ULFA, u.a.	Autonomie	1983	•	3
Indien *	Regierung vs. Autonomiebewegung	regionale, religiöse Autonomie ("Khalistan")	1981	•	1
Indien, Pakistan	Indien vs. Pakistan, Rebellen aus Kaschmir und Pakistan	Territorium, regionale Machtposition	1947	↘	3
Indonesien (Aceh)	Regierung vs. GAM	Autonomie, Ressourcen	1953	•	3
Indonesien (Irian Jaya)	Regierung vs. OPM	Sezession	1963	↗	2
Indonesien (Borneo/Kalimantan)	Regierung vs. Malayen vs. Dajaks und Maduresen	Sonstige	1998	↘	2
Indonesien (Molukken)	Muslimen, Regierung vs. Christen	Sonstige	1998	•	3
Indonesien, Ost-Timor	Indonesien, pro-indonesische Milizen vs. UNTAET	Unabhängigkeit, Grenze, Sontiges (Flüchtlinge)	1974	↘	2
Indonesien *	Regierung vs. Demokratiebewegung	System, Ideologie, nationale Macht	1997	↘	1
Japan, Russland (Kurilen)*	Japan vs. Russland	Territorium	1945	•	1
Japan, Südkorea *	Japan vs. Südkorea	Territorium	1945	•	1
Kambodscha	Hun Sen vs. Ranariddh vs. Rote Khmer	nationale Macht	1975	↘	1
Kirgistan	Kirgistan vs. islamische Rebellen	System, nationale Macht	1999	•	3
Malaysia	Regierung vs. Opposition	nationale Macht, System	1998	•	1
Myanmar *	Regierung vs. Karen	regionale Autonomie	1948	•	2
Myanmar *	Regierung vs. Opposition	politisches System, nationale Macht	1998	•	1
Nepal	Regierung vs. NCP(M)	Ideologie, System, nationale Macht	1996	•	3
Nordkorea, Südkorea	Nordkorea vs. Südkorea	Ideologie, System, regionale Macht	1953	↘	2
Pakistan (Sindh)	Regierung vs. Schiiten vs. Sunniten vs. diverse politische Gruppen	Sonstige (ethnische, religiöse Autonomie)	1977	•	3
Papua-Neuguinea *	Regierung vs. BRA	regionale Autonomie (Bougainville)	1975	•	1
Philippinen (Mindanao, Sulu)	Regierung vs. MILF, Abu Sayyaf	Sezession, Autonomie	1970	•	3
Philippinen	Regierung vs. NDF	Ideologie, System	1968	•	1
Salomonen	Regierung vs. Provinzregierungen vs. IFM vs. MEF	Ressourcen, nationale Macht, Autonomie	1998	↗ Ende	3
Sri Lanka	Regierung vs. LTTE	Autonomie, Sezession	1948	•	4
Tadschikistan	Regierung vs. islamische Rebellen	System	1997	•	2
Usbekistan	Regierung vs. islamische Opposition	Ideologie, System, nationale Macht	1997	•	3

¹⁾ mit * gekennzeichnete Konflikte sind nicht mit einem eigenen Text im Regionalteil erwähnt

²⁾ aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien

³⁾ Veränderungen zum Vorjahr: ↗ bzw. ↗ Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe. ↘ bzw. ↘ Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; • keine Veränderung

⁴⁾ Intensitätsstufen: 4: Krieg; 3: ernste Krise; 2: Krise; 1: latenter Konflikt

Indonesien (Molukken)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Muslime, Regierung vs. Christen	
Konfliktgegenstand:	Sonstige (Molukken)	

Der Konflikt zwischen der christlichen und der moslemischen Bevölkerung sowie der indonesischen Regierung eskaliert zur Jahresmitte. In ersten sechs Monaten tragen Christen und Muslime ihren Konflikt mit vereinzelt Kampfhandlungen und Terroranschläge aus. Mitte Juni setzen ca. 4.000 Mitglieder einer Gruppe, die den heiligen Krieg unterstützt, auf die Molukken über und beginnen mit der systematischen Vertreibung der dort lebenden Christen. Im Verlauf des Jahres werden die Kampfhandlungen schwächer. *nis*

Indonesien vs. Ost-Timor

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1974
Konfliktparteien:	Indonesien, pro-indonesische Milizen vs. UNTAET	
Konfliktgegenstand:	Unabhängigkeit, Grenze, Sonstiges (Flüchtlinge)	

Nach der Billigung der Unabhängigkeit und der Aufhebung des 24 Jahre alten Annektionsdekrets durch das indonesische Parlament im Oktober 1999 ist der Weg zur staatlichen Unabhängigkeit Ost-Timors frei. Das Gebiet steht unter UN-Zivilverwaltung (United Nations Transitional Authority for East Timor - UNTAET). Der indonesische Staatspräsident Adurrahman Wahid verspricht UN-Generalsekretär Kofi Annan, die Verantwortlichen für die Verbrechen während der 24jährigen Besatzungszeit zur Rechenschaft ziehen zu wollen. Anfang März besucht er Ost-Timor und bekräftigt den Willen zu einem Neuanfang in den Beziehungen, indem er Entschädigungen für die Opfer der Gewaltherrschaft in Aussicht stellt. Im September veröffentlicht die UNTAET den Modus, nach dem sich die politischen Parteien formieren können. Wahlen werden voraussichtlich im Juli 2001 abgehalten werden. Die Proklamation der Unabhängigkeit ist für Ende des selben Jahres vorgesehen. Am 24.10. wird der ehemalige Rebellenführer und Unabhängigkeitskämpfer Xanana Gusmao Chef des Nationalrats Osttimors. *mp*

Kambodscha

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	Hun Sen vs. Ranariddh vs. Rote Khmer	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Die UNO und die Regierung verständigen sich am 5.7. auf ein Abkommen zur Einsetzung eines Kriegsverbrechertribunals gegen die Hauptverantwortlichen des Genozids der Roten Khmer. Dem Gerichtshof werden neben einheimischen auch internationale Richter und Beisitzer angehören. Die Urteile müssen vom kambodschanischen Parlament und der UNO bestätigt werden. Daneben erhalten ehemalige Kämpfer der Roten Khmer, die sich stellen, vom Regierungschef Hun Sen Amnestie zugesichert. *fp*

Kirgistan

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	Regierung vs. islamische Rebellen	
Konfliktgegenstand:	System, nationale Macht	

In Kirgistan fordern die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und islamischen Rebellen bis zu 250 Menschenleben. Die Gefechte im kirgisisch-tadschikisch-

usbekischen Grenzgebiet finden insbesondere von August bis Oktober statt. Dabei dringen wiederholt militante Islamisten über Tadschikistan nach Kirgistan ein. Am 20.8. treffen sich die Präsidenten Kasachstans, Usbekistans, Tadschikistans und Kirgistans und betonen gemeinsam gegen diese vorgehen zu wollen. *hq*

Malaysia

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Regierung vs. Opposition	
Konfliktgegenstand:	System, nationale Macht	

Nachdem der Anführer der malaysischen Demokratiebewegung, Anwar Ibrahim, 1999 aufgrund angeblicher Korruptionsvorwürfe zu sechs Jahren Haft verurteilt worden ist, erringt die Regierungspartei von Ministerpräsident Mahathir Mohamad im November des gleichen Jahres einen weiteren deutlichen Wahlsieg. Ungeachtet weiterer Proteste der Anhänger Ibrahims, die das gesamte Jahr 2000 über andauern, wird dieser im August zu insgesamt fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Gegen Anwälte und andere Sympathisanten Ibrahims werden immer neue Prozesse angestrengt. In Verbindung mit der rigiden Anwendung des Demonstrationsrechts trägt dies zum Autoritätserhalt Mahathirs bei. *hdj*

Nepal

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1996
Konfliktparteien:	Regierung vs. NCP(M)	
Konfliktgegenstand:	Ideologie, System, nationale Macht	

Das ganze Jahr über finden in Nepal Zusammenstöße zwischen der die Monarchie bekämpfenden maoistischen Rebellengruppe Nepali Communist Party (Maoist) (NCP(M)) und nepalesischen Sicherheitskräften statt. Zahlreiche Anschläge der NCP(M) richten sich sowohl gegen staatliche als auch gegen zivile Ziele. Im Oktober kommt es zu ersten informellen Kontakten zwischen Rebellen und der Regierung, die Ende des Monats in offizielle Verhandlungen des stellvertretenden Premiers Poudel mit dem Vertreter der NCP(M), Shestra, münden. Die Verhandlungen werden Anfang November vorläufig ausgesetzt, da sich die NCP(M) im Zusammenhang mit Forderungen nach Freilassung führender Maoisten von der Regierung getäuscht fühlt. *mp*

Nordkorea vs. Südkorea

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1953
Konfliktparteien:	Nordkorea vs. Südkorea	
Konfliktgegenstand:	Ideologie, System, regionale Macht	

Nach jahrzehntelanger Konfrontation treffen sich vom 13. bis 15.6. in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang die Staatschefs der beiden Koreas zu den ersten direkten Gesprächen seit Ende des Korea-Krieges. Am 14.6. unterzeichnen das nordkoreanische Staatsoberhaupt Kim Jong-Il und Südkoreas Präsident Kim Dae-Jung ein Aussöhnungs-Abkommen. Es beinhaltet Regelungen zur Zusammenführung von durch die Teilung des Landes getrennten Familien, der künftigen Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene und allgemeine Maßnahmen zum Spannungsabbau. Mitte August finden in den beiden Hauptstädten die ersten Treffen zur Familienzusammenführung statt. Im September ziehen die Mannschaften beider Staaten gemeinsam bei den olympischen Spielen in

Sydney ein, und am 11.11. unterzeichnen beide Staaten ein Rahmenabkommen zur weiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Für seine Aussöhnungspolitik zwischen beiden Staaten erhält der Südkoreanische Präsident den Friedensnobelpreis zuerkannt. *nis*

Pakistan (Sindh)

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1977
Konfliktparteien: Regierung vs. Schiiten vs. Sunniten vs. MQM u.a.

Konfliktgegenstand: ethnische und religiöse Autonomie

In der pakistanischen Provinz Sindh und deren Hauptstadt Karatschi halten die gewaltsamen Auseinandersetzungen an. Es kommt zu zahlreichen Terroranschlägen von diversen politischen Parteien (Partei urdsprachiger Inder (MQM), u.a.) und religiösen Gruppen (Lashkhar e-Taiba, u.a.), auf welche die Polizeikräfte hart antworten. Opfer sind vor allem unter der Zivilbevölkerung zu finden. Auch nach dem Rücktritt des Polizeipräsidenten von Karatschi und des Provinzgouverneurs im Mai bessert sich die Lage kaum. *mp*

Philippinen (Mindanao, Sulu)

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1970
Konfliktparteien: Regierung vs. MILF, Abbu Sayyaf
Konfliktgegenstand: Sezession, Autonomie (Mindanao)

Die zu Beginn des Jahres zwischen Regierung und Rebellen der Moro Islamic Liberation Front (MILF) geführten Friedensgespräche zu Autonomiefragen für Mindanao scheitern im Februar. Trotz wiederholter Bekundung zur Gesprächsbereitschaft und zahlreicher Verhandlungsrunden gehen die Auseinandersetzungen unvermindert weiter. Im April nehmen Rebellen der Splittergruppe Abu Sayyaf mehrere Dutzend Geiseln verschiedener Nationalitäten und halten diese auf Jolo gefangen. Die Mehrzahl der Geiseln kommt erst nach monatelangen Verhandlungen, bei denen Libyen als Vermittler auftritt, frei. Danach scheitert der Versuch der Armee die Rebellen in einer Großoffensive zu besiegen. *mp*

Salomonen

Intensität: 3 Veränderung: ↗ Beginn: 1998
Konfliktparteien: Regierung vs. Provinzregierungen vs. IFM vs. MEF

Konfliktgegenstand: Ressourcen (Boden), nationale Macht

Auf den Salomonen hält der gewaltsame Konflikt zwischen Isatabu Freedom Movement (IFM) und Malaita Eagle Force (MEF) um Ressourcen auf der Hauptinsel Guadalcanal an. Neuer Höhepunkt der Auseinandersetzungen ist der Putschversuch der MEF gegen die Zentralregierung und der erzwungene Rücktritt des Premierministers Ulufa'alu im Juni. Straßenkämpfe zwischen IFM und MEF folgen. Am 15.10. schließen die Parteien nach Vermittlung Australiens und Neuseelands ein umfassendes Friedensabkommen. *mp*

Sri Lanka

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1948
Konfliktparteien: Regierung vs. LTTE
Konfliktgegenstand: Autonomie, Sezession (Nordostregion), Autonomie

Der Bürgerkrieg auf Sri Lanka eskaliert. Nachdem die tamilische Rebellenorganisation Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) im Norden der Insel, wo sie einen

eigenen Staat errichten will, große militärische Erfolge erzielt hat, ruft die Regierung erstmals seit Ausbruch des Krieges vor 17 Jahren das Kriegsrecht aus und beschließt eine Teilmobilmachung. Ein Vermittlungsversuch Norwegens bleibt zunächst erfolglos. Der Versuch der regierenden Peoples Alliance (PA), den Konflikt beizulegen, scheitert. Nach Protesten der Tamilen, die ihre Forderungen nicht zur Gänze erfüllt sehen, und der singhalesischen Mehrheit, zieht die Partei ihren Gesetzentwurf zurück. Dieser hätte der tamilischen Minderheit mehr Autonomie eingeräumt. Im November startet Norwegen einen neuen Vermittlungsversuch, demgegenüber sich die Konfliktparteien aufgeschlossen zu zeigen scheinen. *tk*

Tadschikistan

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1997
Konfliktparteien: Regierung vs. islamische Rebellen
Konfliktgegenstand: System

Mit der Aufhebung des Verbotes religiöser Parteien und der Einrichtung einer zweiten Parlamentskammer werden zentrale Elemente des Friedensabkommens von 1997 umgesetzt. Die Wahlen zum Unterhaus am 27.2. schließen den Friedensprozess ab. Die Kommission für Nationale Versöhnung, deren Aufgabe es war, diesen zu begleiten, wird daraufhin im März aufgelöst. Ungeachtet der positiv verlaufenden Entwicklung kommt es immer wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen, deren Höhepunkt vor der Präsidentschaftswahl im November liegt. Im Bemühen, das Eindringen islamistischer Rebellen zu verhindern, kommt es immer wieder zu Gefangennahmen. *hl*

Usbekistan

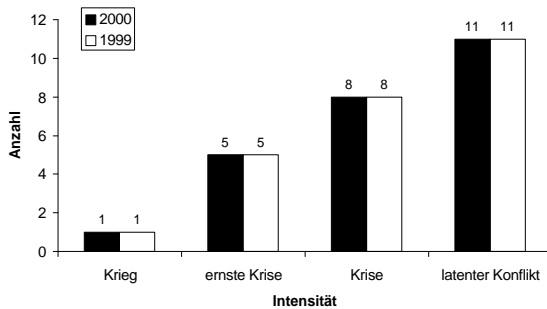
Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1997
Konfliktparteien: Regierung vs. islamische Opposition
Konfliktgegenstand: Ideologie, System, nationale Macht

Der Anfang des Jahres wiedergewählte usbekische Präsident Islam Karimow setzt seine repressive Politik gegen Oppositionelle, regierungskritische Medien und islamische Fundamentalisten fort. Im August kommt es zu schweren Zwischenfällen zwischen Armee und islamischen Oppositionellen an der Grenze zu Tadschikistan. Ziel der Islamisten ist ein islamischer Staat im usbekisch-tadschikische-kirgisischen Grenztales Fergana. Die usbekische Regierung beschuldigt die Taliban, Rebellen in Afghanistan auszubilden und diese über Tadschikistan einzuschleusen. Aufgrund der wachsenden Unsicherheit in der Region beschließen Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan im April, gemeinsam gegen Drogenkriminalität und islamischen Terror vorzugehen. Usbekisches Militär verlegt an der Grenze zu Tadschikistan Minen, um islamische Rebellen fernzuhalten. Zahlreiche Islamisten werden im November wegen Bombenanschlägen zu Haft- und Todesstrafen verurteilt. Menschenrechtsgruppen kritisieren Unregelmäßigkeiten bei diesen Prozessen. *rn*

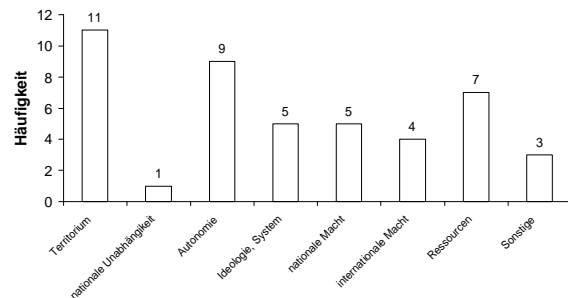
Vorderer und Mittlerer Orient

Die Gesamtzahl der Konflikte ist im Vorderen und Mittleren Orient gegenüber 1999 gleich geblieben. Von 25 im Vorderen und Mittleren Orient beobachteten Konflikten veränderten sechs Konflikte ihre Intensität im Vergleich zum Vorjahr. Von diesen deeskalierten drei, während drei eskalierten. Der nach wie vor einzige Krieg der Region wird in Afghanistan ausgetragen. Die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern erreichen einen neuen gewaltsamen Höhepunkt, der den Friedensprozess nahezu zum Stillstand bringt. Positiv hingegen sind die Entwicklungen zu werten, die im Jemen, zwischen Aserbaidschan und Armenien sowie dem Irak und den Schiiten zu einem Rückgang des Intensitätsniveaus gegenüber dem Vorjahr geführt haben. Als latente Krise eingestufte Konflikte werden in dieser Region häufig um Territorialstreitigkeiten geführt. Konflikte um Autonomie werden hingegen eher in verschärfter Form (Israel-Palästinenser) bis hin zum Krieg (Afghanistan) ausgetragen. Es ist berücksichtigt, dass durch eine Umgruppierung zweier Regionen die mittelasiatischen GUS-Republiken Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan der Region Asien zugeteilt wurden.

Konfliktintensitäten VMO 2000 - 1999



Häufigkeit der Konfliktgegenstände VMO



Afghanistan

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1993
 Konfliktparteien: Taliban vs. Nordallianz
 Konfliktgegenstand: Autonomie, Ideologie, nationale Macht

Die Kämpfe zwischen den Taliban und der Nordallianz unter Ahmad Massud gehen unvermindert weiter. Im Januar starten die von Pakistan unterstützten Taliban eine neue Offensive, die die Nordallianz unter ihrem Anführer Massud weiter zurückwirft. Eine von der Organisation Islamischer Staaten (OIC) vermittelte Friedenskonferenz mündet am 9.5. in einem Waffenstillstand. Doch brechen die Kämpfe im Juli erneut aus. Nach anfänglichen Rückschlägen gelingt es der Taliban in ihrer wiederaufgenommenen Offensive, die strategisch wichtige Stadt und Massud-Hochburg Taloqan im Norden des Landes einzunehmen. Ende September können sie die Provinz Kunduz und Anfang Oktober den Bezirk Sabagh erobern, so dass sie nunmehr über 95% des Landes kontrollieren. Russland, das zusammen mit dem Iran die Nordallianz unterstützt, beschuldigt die Taliban, islamische Kämpfer nach Tadschikistan einzuschleusen. Russland und die USA drängen am 8.9. auf die Ausweitung der Sanktionen gegen die Taliban, die angeblich Terroristen ausbilde. Mitte Oktober kann die Nordallianz zwei verlorene Distrikte zurückerobern. Anfang November bemüht sich die UNO um die Wiederaufnahme der indirekten Gespräche zwischen beiden Seiten. *hl*

Ägypten

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1997
 Konfliktparteien: Regierung vs. Gaamat-al-Islamiya, Ichwan, Muslimin (Moslembrüder), Isl. Dschihad
 Konfliktgegenstand: Ideologie, Autonomie

Der 1999 zwischen der Regierung und der Gamaat-al-Islamiya ausgehandelte Waffenstillstand hält weiter.

Die ägyptische Regierung amnestiert 1.200 Gefangene. Im Zuge einer neuerlichen Verhaftungswelle gegen die Moslembrüder, welche zunehmend an Einfluss in der Bevölkerung gewinnen, werden im Juli im Vorfeld der Parlamentswahlen mehrere Kandidaten dieser Gruppierung festgenommen, die Partei der Moslembrüder von den Parlamentswahlen ausgeschlossen. Dennoch kommen 17 unabhängige Kandidaten ins Parlament, die von den Moslembrüdern unterstützt werden. Danach verhängt ein Militärgericht im November mehrjährige Haftstrafen gegen 15 führende Mitglieder. *ge*

Algerien

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Regierung vs. FIS, GIA, AIS, GSPC
 Konfliktgegenstand: System, Autonomie

In Algerien endet am 13.1. das an die islamischen Untergrundkämpfer gerichtete Ultimatum des algerischen Präsidenten, in dessen Rahmen den Islamisten von der Regierung Amnestie gegen Abgabe ihrer Waffen gewährt wird. Die Islamische Armee des Heils (AIS), der militärische Arm der verbotenen Islamischen Heilsfront (FIS), nimmt das Amnestieangebot an und löst sich am 11.1. auf. Die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) wie auch die Salafistengruppe für Predigt und Kampf (GSPC) kämpfen dagegen weiterhin für einen islamischen Staat und sabotieren den Friedensplan Präsident Bouteflikas. Dieser verlängert am 20.3. das Amnestieangebot auf unbefristete Zeit. Im Juli werden ca. 1.000 Islamisten aus der Haft entlassen. Demgegenüber bekämpft die Armee weiter die Terrorgruppen, die das Amnestieangebot ablehnen. Ab Juli und während des Fastenmonats Ramadan nehmen

Übersicht: Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient 2000

betroffene(r) Staat(en)	Direkt Beteiligte ¹	Gegenstände	Beginn	Änd. ²	Int. ³
Afghanistan	Taliban vs. Nordallianz (Ahmad Massud)	Autonomie, Ideologie, nationale Macht	1993	•	4
Afghanistan *	USA, UNO vs. Taliban	Sonstige (Bin Laden)	1999	•	1
Ägypten	Regierung vs. Gaamat-al-Islamiya, Ichwan, Muslimin, islamischen Dschihad	Autonomie, Ideologie	1997	•	2
Ägypten, Sudan	Sudan vs. Ägypten	Territorium (Grenze), Ressourcen	1992	•	1
Algerien	Regierung vs. FIS, GIA, AIS, GSPC	System, Autonomie	1991	•	3
Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Iran, Russland, Türkei	Russland, Iran, Armenien vs. Aserbaidschan, Georgien, Türkei	Territorium (Wassergrenze), Ressourcen, internationale Macht	1993	•	1
Aserbaidschan	Aserbaidschan vs. Armenien	Territorium, Autonomie, Ressourcen (Erdöl, Erdgas)	1988	↘	1
Bahrain	Regierung vs. Schiiten	nationale Macht	1996	•	1
Bahrain, Qatar	Bahrein vs. Qatar	Territorium	1967	•	1
Irak	Regierung vs. kurdische Volksgruppen	Autonomie, Ressourcen (Wasser)	1991	•	2
Irak	PUK vs. DPK	nationale Macht, Autonomie	1992	•	2
Irak	Regierung vs. Schiiten	Autonomie	1991	↘	2
Irak	Irak vs. UNO, USA	internationale Macht	1991	•	3
Iran *	Konservative um Revolutionsführer Chamenei vs. Reformer um Präsident Chatami	nationale Macht	1997	•	1
Iran, Irak	Iran vs. Irak	internationale Macht, Ideologie, System, Territorium	1980	↗	2
Iran, Irak	Regierung vs. Exilopposition (Volksmudschaheddin mit Sitz in Irak)	nationale Macht, Ideologie, System	1992	•	2
Iran, Vereinigte Arabische Emirate	Iran vs. Vereinigte Arabische Emirate	Territorium	1971	•	1
Israel	Regierung vs. palästinensische Autonomiebehörde	Territorium, Autonomie	1948	↗	3
Israel, Libanon	Israel, SLA vs. Libanon, Hisbollah	Territorium, Ressourcen, Sonstiges	1948	•	3
Israel, Syrien	Israel vs. Syrien	Grenze, Territorium, Ressourcen	1967	↗	2
Jemen *	Regierung vs. islamische Dschihad	nationale Macht	1994	↘	1
Jemen, Saudi Arabien	Jemen vs. Saudi Arabien	Territorium, Grenze	1992	• Ende	1
Kuwait, Saudi Arabien	Kuwait vs. Saudi Arabien	Territorium, Grenze	1965	•	1
Libyen, USA, GB	Libyen vs. USA, GB	internationale Macht	1992	•	1
Marokko	Regierung vs. POLISARIO	nationale Unabhaengigkeit, Ressourcen	1976	•	2
Türkei	Türkei vs. PKK	Autonomie, Sezession	1979	•	3

¹) mit * gekennzeichnete Konflikte sind nicht mit einem eigenen Text im Regionalteil erwähnt
²) aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien
³) Veränderungen zum Vorjahr: ↗ bzw. ↗ Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe. ↘ bzw. ↘ Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; • keine Veränderung
⁴) Intensitätsstufen: 4: Krieg; 3: ernste Krise; 2: Krise; 1: latenter Konflikt

die Massaker und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung seitens der GIA und GSPC zu. *rn*

Armenien u.a. (Kaspisches Meer)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Russland, Iran, Armenien vs. Aserbaidschan, Georgien, Türkei	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Wassergrenze), Ressourcen, internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Russland, Iran und Armenien einerseits und Aserbaidschan, Georgien, der Türkei und den USA andererseits um die Erdöl- und Erdgasvorkommen im Kaspischen Meer verschärft sich. Am 18.11.1999 unterzeichnen die Präsidenten von Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan und der Türkei unter Vermittlung des US-Präsidenten Bill Clinton in Istan-

bul einen Vertrag über den Bau einer 1.730 Kilometer langen Erdölpipeline. Diese soll unter Umgehung Russlands und des Irans von der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku am Kaspischen Meer über Georgien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan führen. *ke*

Aserbaidschan vs. Armenien (Karabach)

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1988
Konfliktparteien:	Aserbaidschan vs. Armenien	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Berg-Karabach), Autonomie, Ressourcen (Erdöl, Erdgas)	

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan ist nach wie vor ungelöst. Hauptstreitpunkt bleibt der Status der völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehörenden, aber von Armenien besetzten und überwiegend von Armeniern bewohnten Enklave Berg-Karabach.

Trotz verstärkter Bemühungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unter der diesjährigen Ratspräsidentschaft Österreichs um eine Lösung des Konflikts können sich beide Staaten nicht auf einen Friedensvertrag einigen. Der 1994 ausgehandelte Waffenstillstand wird jedoch weitgehend eingehalten; gewalttätige Auseinandersetzungen sind nicht nachweisbar. *ke*

Bahrain

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1996
Konfliktparteien:	Regierung vs. Schiiten	
Konfliktgegenstand: nationale Macht		

Der Konflikt zwischen der hauptsächlich von Sunniten besetzten Regierung und der mehrheitlich schiitischen Bevölkerung bleibt latent bestehen. Die eingeleiteten politischen Reformen des Emirs, Scheich Hamad Ibn Isa Khalifa, entsprechen zwar nicht den Maximalforderungen der Schiiten, dennoch tragen sie vorläufig zur Entspannung bei. *ge*

Bahrain vs. Qatar (Hawar Inseln)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1967
Konfliktparteien:	Bahrain vs. Qatar	
Konfliktgegenstand: Territorium		

Bahrain kündigt am 18.5. an, die Verhandlungen mit Qatar im Rahmen der Ende 1999 eingesetzten Schlichtungskommission bezüglich der Auseinandersetzungen um die Zugehörigkeit der Hawar Inseln einzustellen. Dennoch besucht der Emir von Qatar, Sheik Hamad bin Khalifa al-Thani, am 23.5. Bahrain, um die Gespräche zur Beilegung der erneut auftretenden Spannungen zwischen beiden Ländern fortzuführen. Der 1991 von Qatar angerufene Internationale Gerichtshof in Den Haag nimmt Ende Mai die Anhörungen auf. *hq*

Irak (Irakisch-Kurdistan)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Regierung vs. kurdische Volksgruppen	
Konfliktgegenstand: Autonomie, Ressourcen (Wasser)		

Die alliierten Mächte aus dem zweiten Golfkrieg schützen im Rahmen der Flugverbotsüberwachung den Status quo des 1991 im Nordirak für autonom erklärten Terrains Irakisch-Kurdistan. Insofern wird der Konflikt zwischen der irakischen Regierung und den kurdischen Volksgruppen nicht ausgetragen, bleibt aber als Krise bestehen. *pj*

Irak (Irakisch-Kurdistan)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	PUK vs. DPK	
Konfliktgegenstand: nationale Macht, Autonomie		

Der 1994 entstandene gewaltsame Konflikt zwischen den beiden großen irakischen Kurdenparteien Demokratische Partei Kurdistans (DPK) und Patriotische Union Kurdistans (PUK) hat sich seit dem Waffenstillstand des Washingtoner Abkommens vom September 1998 weitgehend stabilisiert. Dennoch konnte das Versprechen zur Vereinigung bisher nicht umgesetzt werden. Beide politischen Gruppen kontrollieren nach wie vor zwei voneinander getrennte Gebiete im Norden Iraks. Im März diesen Jahres fordert Jalal Talabani (PUK), der durch Kommunalwahlen gestärkt ist, Neuwahlen auf dem 1991 für autonom erklärten

Gebiet Irakisch-Kurdistan, in welchem bei den Wahlen 1992 die DPK Masud Barzanis als Siegerin hervorgegangen ist. *pj*

Irak

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Regierung vs. Schiiten	
Konfliktgegenstand: Autonomie		

Der Konflikt zwischen der von Sunniten dominierten irakischen Regierung und der politisch unterrepräsentierten schiitischen Bevölkerung stabilisiert sich weitgehend. Es kommt zu keinen Ausschreitungen, die mit den Straßenschlachten zwischen aufständischen Schiiten und staatlichen Sicherheitskräften des Vorjahres vergleichbar sind. Allerdings verübt die von Iran aus agierende schiitische Oppositionsgruppe Oberster Rat für die Islamische Revolution in Irak in der Nacht zum 13.5. einen Raketenangriff auf einen der Präsidentenpaläste. *pj*

Irak vs. UNO, USA

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Irak vs. UNO, USA	
Konfliktgegenstand: internationale Macht		

Zehn Jahre nach der irakischen Besetzung Kuwaits und dessen Befreiung durch eine von den USA geführte Allianz ist die Frage der über den Irak verhängten UN-Wirtschaftsanktionen nach wie vor offen. US-amerikanische und britische Kampfflugzeuge fliegen weiterhin durchschnittlich einen Luftangriff alle drei Tage im Rahmen der Flugverbotsüberwachung im Norden und im Süden des Iraks. Dabei sind nach UN-Angaben seit Dezember 1998 mehr als 800 Menschen verletzt worden und mindestens 300 kamen ums Leben. Unter den Toten sollen auch 200 zivile Opfer sein. Gegen Ende des Jahres wird die internationale Isolation des Irak zunehmend durchbrochen. Dies ist auf die kritische Haltung vieler Länder hinsichtlich der Sanktionsauswirkungen auf die irakische Zivilbevölkerung zurückzuführen. Als erstes gewähltes Staatsoberhaupt besucht der venezolanische Präsident Chávez im Rahmen seiner OPEC-Mission im August den Irak. Ende September wird der irakische Ministerpräsident Tarik Aziz in Moskau vom russischen Präsidenten Putin empfangen, und in Bagdad landen erstmals wieder Passagierflugzeuge mit Hilfsgütern aus Frankreich, Russland, Jordanien, dem Jemen und Syrien, z.T. ohne UNO-Genehmigung. *pj*

Iran vs. Irak

Intensität: 2	Veränderung: ↗	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	Iran vs. Irak	
Konfliktgegenstand: internationale Macht, Ideologie, System, Territorium		

Im Konflikt kommt es zwölf Jahre nach Ende des ersten Golfkriegs (1980-88) zu einer leichten Annäherung zwischen beiden Ländern. Der Iran beginnt im April mit der Freilassung irakischer Kriegsgefangener, von denen im Verlauf des Jahres nach iranischen Angaben alle verbleibenden amnestiert werden. Diese stellten das größte Hindernis für eine Normalisierung der Beziehungen dar. Am 29.9. treffen sich der iranische Staatspräsident Sayed Mohammed Chatami und der irakische Vizepräsident Ramadan am Rande des Opec-Gipfels in Caracas, Venezuela. Am 13.10.

empfängt der irakische Präsident Saddam Hussein den iranischen Außenminister Kamal Kharrazi in Bagdad. Unabhängig davon bleibt das Problem der gegenseitigen Unterstützung der Exilopposition des Gegners bestehen und führt im März und im Mai zu Spannungen. *pj*

Iran vs. Irak (Volksmudschaheddin)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	Regierung vs. Exilopposition (Volksmudschaheddin mit Sitz in Irak)	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht, Ideologie, System	

Die Volksmudschaheddin, die sich für einen autoritären Sozialismus islamischer Prägung im Iran einsetzen, werden von dem regierenden Mullah-Regime verfolgt. Ihre Hauptwiderstandsbasis befindet sich im Irak, wo sie von Saddam Hussein unterstützt werden. Von dort verüben sie im März und im Mai mehrere Raketenangriffe auf die Hauptquartiere der Revolutionswächter und der Polizei in Teheran. Der Iran reagiert jeweils mit Luftangriffen. *pj*

Iran vs. VAE

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1971
Konfliktparteien:	Iran vs. Vereinigte Arabische Emirate	
Konfliktgegenstand:	Territorium	

Der Konflikt zwischen dem Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) um drei vom Iran besetzte Inseln bleibt ungelöst. Beide Seiten signalisieren im Juli bzw. Oktober ihre Bereitschaft zu Gesprächen. Die VAE kündigen an, in dieser Sache den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzurufen. *hl*

Israel vs. Libanon

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	Israel, SLA vs. Libanon, Hisbollah	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Ressourcen, Sonstige	

Im Konflikt Israels und der pro-israelischen South Lebanese Army (SLA) mit der von Libanon aus operierenden Hisbollah halten die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Grenzgebiet das ganze Jahr über an. Ende Januar ermordet die Hisbollah den zweithöchsten SLA-Kommandeur und vier israelische Soldaten. Dies beantwortet Israel mit dem in diesem Jahr schwersten Bombardement mutmaßlicher Hisbollah-Stellungen und Luftangriffen ziviler Einrichtungen im Libanon. Dabei kommen 20 Menschen ums Leben. Am 5.3. beschließt das israelische Kabinett als Reaktion auf die innerisraelische Kritik den einseitigen und bedingungslosen Rückzug aller Armeeeinheiten aus dem Südlibanon bis Anfang Juli. Der Plan Israels, den Abzug seiner Truppen mit einem Friedensvertrag mit Syrien und einer Einigung über die Golanhöhen zu verknüpfen, scheitert bereits Anfang des Jahres. Der erneute Beschuss von Stellungen der israelischen Armee Anfang Mai und weitere beiderseitige Raketenangriffe veranlassen Israel, sich noch im gleichen Monat vorzeitig aus der Sicherheitszone zurückzuziehen. Weitere gewaltsame Scharmützel um den genauen Grenzverlauf können dank der Vermittlung der UN und der Stationierung der UN-Friedenstruppe UNIFIL weitgehend verhindert werden. Die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern in den Autonomiegebieten und um Grenzstreitigkeiten eskalieren Ende November zu Kampfhandlungen zwi-

schen der Hisbollah und der israelischen Armee im libanesischen Grenzgebiet. *ke*

Israel vs. paläst. Autonomiebehörde

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	Regierung vs. Autonomiebehörde	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Autonomie	

Nach anfänglichen Fortschritten im Bemühen um eine umfassende Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern eskaliert der Konflikt in der zweiten Jahreshälfte zu den gewalttätigsten Auseinandersetzungen seit 1996. Im Rahmen des Wye-II-Abkommens vom September 1999 entlässt Israel im Januar 350 palästinensische Gefangene. Die letzte Phase des Abzugs aus dem besetzten Westjordanland verzögert sich aber bis zum 21.3. Danach kontrollieren die Palästinenser ganz oder teilweise 42% des Gebietes. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Wye-II-Abkommens ist die Aushandlung eines Rahmenvertrages für eine endgültige Friedenslösung bis Februar 2000. Die durch Vermittlung von den USA unterstützten Verhandlungen gestalten sich als problematisch. Israel verfügt einerseits immer wieder den Bau neuer Siedlungen, andererseits drohen die Palästinenser, ihren Staat am 13.9. einseitig auszurufen. Außerdem wirft Israel ihnen vor, die islamischen Extremisten (Hamas, Dschihad) nicht ausreichend zu bekämpfen. Nach weiteren Verzögerungen bei den Verhandlungen kommt es im Mai zu ersten schweren Unruhen in den Autonomiegebieten, bei denen sechs Menschen sterben und Hunderte verletzt werden. Die USA berufen daraufhin am 11.7. einen Dreiergipfel im Camp David ein, um in einem Verhandlungsmarathon die strittigen Fragen zu klären. Der Gipfel scheitert an der Frage des Jerusalem-Status' im Falle einer Friedenslösung. Als die Palästinenser ihre Ankündigung, einen eigenen Staat auszurufen, im September um weitere zwei Monate verschieben, treffen sich beide Seiten zu erneuten Verhandlungen. Am 28.9. löst der Besuch des Likud-Oppositionschefs Ariel Sharon auf dem Tempelberg, für beide Seiten einen Ort hoher religiöser Bedeutung, die blutigsten Unruhen seit Jahren aus. Die Unruhen weiten sich auf die arabischen Gebiete Nordisraels aus. Der Lynchmord an zwei israelischen Soldaten durch palästinensische Demonstranten am 12.10. in einer Polizeistation in Ramallah führt zu heftigen israelischen Vergeltungsmaßnahmen: Luftangriffe auf den Amtssitz von Palästinenserchef Jassir Arafat und vollständige Abriegelung der Gebiete. Es gelingt den USA und Ägypten in dem Ort Scharm el-Scheich einen Waffenstillstand auszuhandeln, der sich allerdings als brüchig erweist. Den Tod von vier Israelis beantwortet die Regierung mit verstärktem Einsatz von Militär und der Blockade der autonomen Gebiete. Am 21.11. zieht Ägypten seinen Botschafter aus Israel ab, nachdem israelisches Militär unter Einsatz von Raketen Vergeltung für einen Anschlag auf einen Schulbus geübt hat. Durch die Vermittlung Russlands finden Ende November wieder direkte Kontakte zwischen Arafat und dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak statt. Beide Seiten vereinbaren, ihre Sicherheitszusammenarbeit zu erneuern. Außerdem verzichtet Israel trotz weiterer Anschläge zunächst auf Vergeltungsmaßnahmen. Bis zum 24.11. fordern die Auseinandersetzungen mindes-

tens 274 Menschenleben und mehrere hundert Verletzte. *hl*

Israel vs. Syrien (Golanhöhen)

Intensität: 2 Veränderung: ↗ Beginn: 1967
 Konfliktparteien: Israel vs. Syrien
 Konfliktgegenstand: Grenze, Territorium, Ressourcen

Die am 15.12.1999 unter Vermittlung der USA wieder aufgenommen Friedensgespräche zwischen Israel und Syrien um die Golanhöhen bleiben weiterhin ergebnislos. Syrien beharrt auf der Rückgabe der Gebiete als Vorbedingung für einen Vertrag, während Israel die Gespräche durch den Bau weiterer Siedlungen auf dem Golan gefährdet. Nach dem Tod des syrischen Präsidenten Hafez al-Assad am 10.6. übernimmt sein Sohn Baschar die Macht und verhandelt gemäß den Vorgaben seines Vaters mit Israel. Vor dem Hintergrund der neuen Spannungen zwischen Israel und den Palästinensern werden weitere Gespräche ausgesetzt. *hl*

Jemen vs. Saudi Arabien

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1992
 Konfliktparteien: Jemen vs. Saudi Arabien
 Konfliktgegenstand: Territorium, Grenze

Der seit 1992 bestehende Grenzkonflikt zwischen dem Jemen und Saudi Arabien um ein Wüstengebiet mit wichtigen Ölvorkommen wird nach mehrmonatigen Verhandlungen durch ein Grenzabkommen beigelegt. Der jemenitische Präsident Ali Abdullah Saleh unterzeichnet am 12.6. in Djidda das Grenzabkommen, in dem der umstrittene Verlauf der 2.000 Kilometer langen Grenze festgelegt wird. Saudi Arabien verzichtet im Rahmen dieses Abkommens auf die Ansprüche auf Hadramaut im Südosten Jemens. Ferner erkennt Jemen den nördlichen Grenzverlauf vom Roten Meer landeinwärts gemäß dem Abkommen von Taif von 1934 an. *hq*

Kuwait vs. Saudi Arabien

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1965
 Konfliktparteien: Kuwait vs. Saudi Arabien
 Konfliktgegenstand: Territorium, Grenze

Anfang Juli legen Kuwait und Saudi Arabien den genauen Verlauf ihrer gemeinsamen Seegrenze im Persischen Golf fest. Durch diese Einigung wird jedoch lediglich eine Teillösung des seit 1965 bestehenden Grenzkonflikts zwischen beiden Staaten erreicht. Der weitere Grenzverlauf bleibt umstritten. *hq*

Libyen vs. USA, GB

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1992
 Konfliktparteien: Libyen vs. USA, GB
 Konfliktgegenstand: internationale Macht

Im Berichtszeitraum durchbricht Libyen seine internationale Isolation, nachdem bereits im Vorjahr die UNO-Sanktionen ausgesetzt wurden. Dies ist insbesondere auf die erfolgreiche Vermittlung Libyens bei der Geiselnahme auf der philippinischen Insel Jolo im August zurückzuführen. Am 3.5. beginnt der Prozess gegen die mutmaßlichen Lockerbie-Attentäter. Hierbei ist es bisher zu keiner Entscheidung gekommen. Libyen erklärt sich im Fall des Anschlags auf die Berliner Diskothek *La-Belle* 1986 zur Mitarbeit an der Aufklärung bereit. Im April erfährt der Prozess durch ein Teilgeständnis der Angeklagten, wonach der An-

schlag auf Geheiß des libyschen Geheimdienstes verübt worden sei, eine Wende. *rn*

Marokko (Westsahara)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1976
 Konfliktparteien: Regierung vs. POLISARIO
 Konfliktgegenstand: nationale Unabhängigkeit, Ressourcen

Im Konflikt zwischen Marokko und der saharauischen Befreiungsfront (POLISARIO) um die Unabhängigkeit Westsaharas kommt es zu keiner Lösung. Beide Seiten können sich nicht über die Zahl der Stimmberechtigten für das im Juni angesetzte Referendum einigen. Nachdem die UN-Sonderkommission (MINURSO) im Februar eine Liste von etwa 86.000 Personen vorlegt, fordert Marokko die Zulassung von 140.000 zusätzlichen Wählern. Aufgrund dieser Verzögerung verschiebt der UN-Generalsekretär Kofi Annan im Februar das Referendum auf unbestimmte Zeit. Vermittlungsgespräche des UN-Sondergesandten James Baker im Juni, Juli und September um die Alternative einer weitreichenden Autonomie im Königreich Marokko scheitern. Die POLISARIO, die an der Unabhängigkeit festhält, droht die militärische Ausbildung ihrer Kämpfer wieder aufzunehmen. Nach gescheiterten Vermittlungsversuchen im Oktober verlängert die UNO ihre Mission bis Februar 2001. *rn*

Türkei

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1979
 Konfliktparteien: Regierung vs. PKK
 Konfliktgegenstand: Autonomie, Sezession

Die Krise zwischen der Regierung und der kurdischen Arbeiterpartei PKK um Autonomie und Sezession hält nach dem militärischen Sieg der türkischen Armee weiter an. Entgegen mehrerer Aufrufe des zum Tode verurteilten PKK-Führers Öcalan, den bewaffneten Kampf aufzugeben und sich zurückzuziehen, halten sich nach wie vor etwa 500 PKK-Rebellen auf türkischem Territorium auf. Im Frühjahr marschieren türkische Truppen in den Nordirak ein, um weiter gegen die terroristischen Kämpfer der PKK vorzugehen. Dort kommt es zu vereinzelt türkischen Militäraktionen. Am 21.11. beginnt vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg der von der PKK angestrebte Prozess gegen die Türkei. *oy*

Datenbank KOSIMO

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG arbeitet in dieser Veröffentlichung mit Auswertungen der Datenbank KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell), welche gewaltsame und nicht gewaltsame innerstaatliche und internationale politische Konflikte weltweit seit 1945 erfasst. Jeder Konflikt ist mit 28 Variablen kodiert.

Publikationen zu KOSIMO im Jahr 2000: Pfetsch, Frank R./Rohloff, Christoph: National and International Conflicts 1945-1995. London, New York; dieslb. KOSIMO: A Databank on Political Conflict. in: Journal of Peace Research (37) 3/2000

Unter www.HIIK.de kann KOSIMO heruntergeladen werden.

Impressum

Herausgeber:

HIIK - HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG E.V.
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, Marstallstr. 6, 69117 Heidelberg

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Gruppenleiter kursiv):

Europa: Ismail Arapi (ia), Angelika Barth (ab), Sonja Asser (sa), Tatjana Cicvara (tc), Katja Groz (kg), Christoph Maaß (cm), Kai Stenull (ks), *Florian Winckler* (fw), Özlem Güner Yüksel-Alihodi (öy)

Afrika: Thomas Altmeyer (ta), Christian Baukhage (cb), *Peer Böhrnsen* (pb), Norbert Ntibimanya (nn), Gerrit Schlomach (gs), Christine Schlund (cs), Peter Schön (ps), *Mark Wenz* (mw)

Amerika: Boris Halva (bh), Stefanie Hörsch (sh), Christina Kuttler (ck), *Hardi Schindler* (hs), Jacob Schlafen (js), Sandra Uibelhör (su)

Asien: Renate K. Götz (rkg), Hendrik de Jager (hdj), Tina Kampf (tk), *Malte Pehl* (mp), Frank Plamboeck (fp), Nicolas Schwank (nis)

Vorderer und Mittlerer Orient: Klaus Eckert (ke), Ghandi Eleyow (ge), *Pamela Jawad* (pj), *Hendrick Lehmann* (hl), Rita Nikolai (rn), *Heike Quader* (hq)

Redaktion:

Frank R. Pfetsch, Sabine Klotz, Hardi Schindler., Christoph Rohloff, Stefan Braun, Nicolas Schwank

Layout:

Ulf Mayer

Umschlagsgestaltung und Graphiken:

Pamela Jawad, Veronika Haas

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG**

am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

**Marstallstraße 6
D- 69117 Heidelberg
E-Mail: info@HIK.de**

**Tel.: +49(0)6221 – 54 31 98
Fax.: +49(0)6221 – 54 28 96**

www.KONFLIKTBAROMETER.de